

INFOPERU Nr. 60

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

17. Februar 2019

Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. [Peru-Seminar 3. - 5. Mai 2019 in Köln](#)
3. [Der reichste Distrikt Perus - und wo bleibt das Geld ? \(A. Brox\)](#)
4. [Rechts-konservativer Erzbischof von Lima muss abtreten \(Heinz Schulze\)](#)
5. [Trotz Freihandel - Rohstoffabhängigkeit Perus gestiegen \(Jimi Merk\)](#)
6. ["Wir wollten eine Willkommenskultur schaffen"](#)
7. ["Am meisten überrascht haben mich die Fahrpläne"](#)
8. [Warum so viele Peruaner an Silvester demonstrieren gingen \(A. Baumgart\)](#)
9. [Debatte: Solidarität zwischen Peru und Deutschland - was ist das ?](#)
10. [Debattenbeitrag: Wie können Deutsche solidarisch mit Peruaner*innen sein ? \(C. Bazán\)](#)
11. [COP24 - eine wichtige Plattform für indigene Gruppen weltweit \(Leon Meyer\)](#)
12. [Das Land als Beute \(A. Baumgart\)](#)
13. [Veranstaltungsorte gesucht - Rundreise Rómulo Torres](#)
14. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial Infoperu 60

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

am 13. Januar 2019 wachten die Bewohner mehrere Strassen in San Juan de Lurigancho von einem ungewohnten Geräusch auf. Ihre Strasse war überflutet und ein übler Gestank zog durch Türen und Fenster. San Juan de Lurigancho, im Osten der Stadt gelegen, ist Limas bevölkerungsreichster Distrikt mit über einer Million Einwohnern.

Ein Haupt-Abwasserrohr war gebrochen und hatte die Überflutung ausgelöst. An die 2000 Menschen waren betroffen, mussten evakuiert werden, ihre Habseligkeiten in Sicherheit bringen, bis die städtischen Wasserwerke schliesslich den Rohrbruch beheben konnten.

Grund für denselben sei eine fehlerhafte Einsetzung des Haupt-Rohres während des Baus des "Tren Electrico", der Hochtrassenbahn, die vom Süden Limas bis in den Osten führt. Verantwortlich für den Fehler sei das Konsortium um die brasilianische Baufirma Odebrecht, das den Tren Electrico gebaut hat. Die Qualität des Rohrs würde nicht den Ansprüchen der staatlichen Trinkwassergesellschaft Sedapal genügen, sagte der Wohnungsbauminister.

Odebrecht hat seine Aufträge durch Korruption und Schmiergelder an hohe und höchste peruanische Beamte und politische Amtsträger erhalten. Das heisst, das Geld aus dem Staatssäckel, das für gute und passende Abwasserrohre gedacht war, landete in den Taschen korrupter Funktionäre und in den Taschen der Baufirma. Leidtragend ist die Bevölkerung, die tagelang in einer Kloake leben musste.

Selten wird der Zusammenhang zwischen Korruption auf höchster Ebene und ihren Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung so ruchbar wie beim Rohrbruch in San Juan de Lurigancho.

Am 15. Februar 2019 unterzeichneten peruanische Staatsanwälte in Sao Paulo ein Abkommen mit ehemals hohen Angestellten von Odebrecht. Zwei Jahre dauerten die Verhandlungen für das Abkommen, und wiederholt versuchten Politiker in Peru, dieses zu torpedieren. Der Protest der Bürger hat jedoch bewirkt, dass das Abkommen nun endlich unterzeichnet werden konnte. Damit ist der Weg frei, damit neue Beweise aus Brasilien, Andorra und der Schweiz an die peruanische Staatsanwaltschaft gelangen und die Ermittlungen zu einer Anklage führen. Nicht wenige hohe Politiker, Beamte aber auch die peruanischen Geschäftspartner von Odebrecht zittern vor den neuen Enthüllungen.

In diesem InfoPeru möchte ich Sie besonders auf unsere Debatte zu "Solidarität zwischen Peru und Deutschland - was heisst das heute?") hinweisen und Sie einladen, sich mit der Kommentarfunktion zu beteiligen.

Wir hoffen, viele von Ihnen beim Peru-Seminar der Infostelle vom 3. bis 5. Mai in Köln begrüßen zu können. Einladung und Programm finden Sie in dieser Ausgabe des InfoPeru.

Hildegard Willer

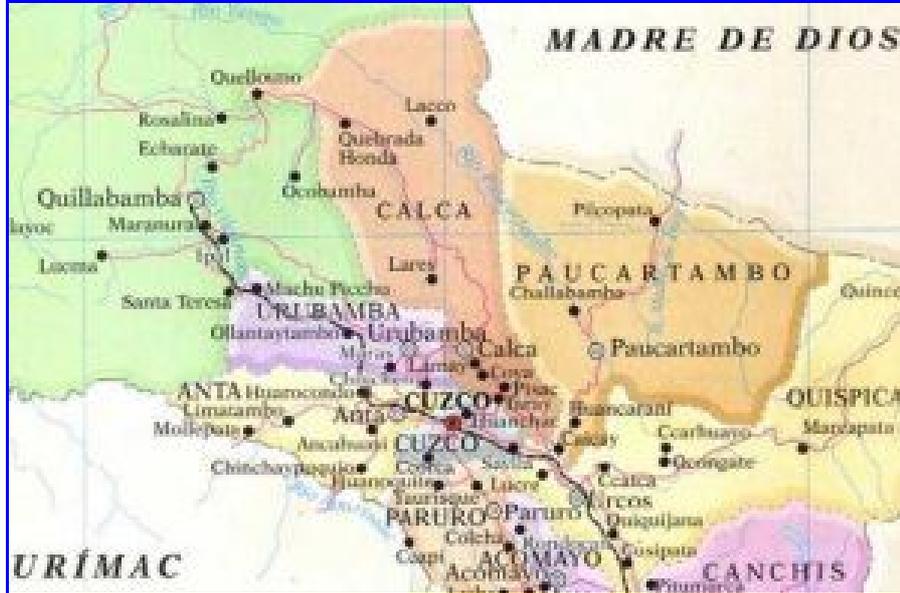
2. Peru-Seminar in Köln, 3. - 5. Mai 2019

Hier finden Sie alle Infos zum Peru-Seminar [Einladung Peru-Seminar 2019](#)

3. Der reichste Distrikt Perus - und wo bleibt das Geld ?

Ein Besuch im Tiefland von Cusco, wo das reichste Dorf Perus liegt.

Echarati, die Hauptstadt des gleichlautenden Distriktes, liegt am Fluss Urubamba, 250 km und sechs bis acht Autostunden (je nach Wetterlage und Straßenzustand) von Cusco entfernt. Über den Pass Abra Málaga auf 4.300 m Höhe geht es steil und kurvenreich in die Selva Alta, zunächst nach Quillabamba, Hauptstadt der Provinz La Convención, zu der Echarati gehört. Von dort ist es nicht mehr weit bis Echarati.



Echarati ist der reichste Distrikt Perus. Vor zwei Jahren lag sein Jahreshaushalt bei rund 500 Mio. Soles (ca. 150 Mio. US-Dollar). Grund dafür sind die Steuerabgaben des Gasprojektes Camisea, die in den Distrikt fließen. Ein Konsortium unterschiedlicher Energiekonzerne, angeführt vom argentinischen Pluspetrol, beutet seit 2004 Erdgas aus. Die Erdgasvorkommen liegen im Gebiet Megantoni. Um von Echarati nach Megantoni zu kommen, ist man sechs weitere Stunden Auto- und mindestens fünf Stunden Bootsfahrt unterwegs.

Was macht ein so reicher Distrikt mit seinem Geld? Wer profitiert davon? Das Erdgas aus dem Projekt Camisea wird in riesigen Pipelines an die Küste transportiert. Vor Ort bleiben nur Umweltschäden: Fischsterben im Fluss Urubamba, Gesundheitsschäden bei der benachbarten¹ Bevölkerung. Ein Zusammenhang mit dem Gasprojekt konnte bisher nicht nachgewiesen werden, da die einzigen Untersuchungen dazu von den Gasunternehmen selbst finanziert wurden.

Kommt immerhin das Geld aus den Steuerabgaben bei der Bevölkerung an? Nein – das sagten zumindest die Einwohner*innen von Megantoni, einem großen Natur- und Indigenenreservat im Amazonasgebiet, das bis vor einem Jahr zum Distrikt Echarati gehörte. Hier leben vor allem drei indigene Völker: Matsiguenge, Yine Yame und Asháninka, sowie einige nicht kontaktierte Völker. Vom Reichtum Echaratis sei dort nichts angekommen, sagen der jetzige Bürgermeister, Abgeordnete und Vertreter*innen von indigenen und Nichtregierungsorganisationen, obwohl das Erdgas für das Projekt Camisea in Megantoni gewonnen wird. 70% der Kinder unter elf Jahren seien chronisch unterernährt, es fehlt an Gesundheitsversorgung, sauberem² Trinkwasser, Infrastruktur.

Megantoni fühlte sich vom Distrikt Echarati und von der Provinzregierung vernachlässigt und im Stich gelassen, erzählt der Anthropologe Javier Umeres, der lange in der Distrikt- und in der Provinzverwaltung gearbeitet hat. Deshalb hat sich Megantoni von Echarati unabhängig gemacht und ist seit gut einem Jahr zum selbständigen Distrikt erklärt worden. Daniel Ríos, Matsiguenge und seit Januar Bürgermeister des neuen Distriktes, kritisiert: „Wir sind ein Millionärs-Distrikt, und gehören gleichzeitig zur ärmsten Bevölkerung Perus.“ Auf die Frage, wo das viele Geld gelandet ist, antwortet er: „en el bolsillo“ – im Geldbeutel (seiner Vorgänger). Und: „Es wurde in eine gigantische Infrastruktur investiert statt in Humankapital.“ Bei einem Rundgang durch Echarati zeigt uns Javier Umeres einige der

1

2

Infrastrukturprojekte: gut gebaute und ausgestattete Schulen und Kindergärten, ebenso ein großes und schönes Schwimmbad mitten in der Stadt. Davon profitieren viele – allerdings nicht die indigenen Völker in Megantoni, die mindestens eine Tagesreise von der Distrikt-Hauptstadt entfernt wohnen. Einige teure Projekte wurden auch in den Sand gesetzt: Ein großes, modernes Krankenhaus ist seit 2014 fertiggestellt und steht bis heute ungenutzt da, weil sich keine Ärzte finden, die hier arbeiten würden. 2009 wurde eine große Brücke über den Urubamba gebaut und ist am Tag der Einweihung eingestürzt – wegen Planungsfehlern. Seit kurzem ist eine neue Brücke im Bau.

Nun also ist Megantoni mit seinen rund 12.000 Einwohner*innen ein eigener Distrikt mit eigenen Einkünften – etwa 60% des bisherigen Haushaltes von Echarati gehört nun Megantoni, aktuell rund 80 Mio. US-Dollar. Und der neue Bürgermeister mit seinen Abgeordneten hat sich viel vorgenommen: Megantoni soll zum ökologischen Modelldistrikt werden: Stromversorgung durch Photovoltaik, Projekte zum Schutz des Waldes, Förderung des Anbaus und der Weiterverarbeitung der einheimischen Baumwolle für den lokalen Markt, Ökotourismus, Jugendbeteiligung. Hierfür soll das Geld des jetzt zweitreichsten Distriktes Perus in Zukunft investiert werden.

Noch haben der Bürgermeister, seine Abgeordneten und die Verwaltung ihren Sitz in Echarati – also weit weg von ihrem eigenen Distrikt. Dort nämlich fehlt bisher die nötige Infrastruktur, um eine Verwaltung aufzubauen.

Juan Luis Camacho, Anthropologe aus Cusco, der in Freiburg promoviert, hat bei Studienaufenthalten die Entwicklung in Megantoni begleitet. Dabei ist ihm die Idee einer Klimapartnerschaft zwischen Megantoni und der Stadt Freiburg gekommen. In einer Klimapartnerschaft soll die gemeinsame Verantwortung für den Klimaschutz auf lokaler Ebene durch konkrete Projekte wahrgenommen werden – in Zusammenarbeit zwischen den Stadtverwaltungen einerseits und zivilgesellschaftlichen und indigenen Organisationen andererseits. Eine solche Partnerschaft könnte den neuen Distrikt in seiner Aufbruchsstimmung und mit den vielen Visionen und Ideen weiterbringen – wenn daran auch die indigenen Organisationen beteiligt sind. Bürgermeister Daniel Ríos ist von der Idee begeistert.

Annette Brox

4. Rechts-konservativer Erzbischof von Lima muss abtreten

Heinz Schulze kommentiert den Wechsel an der Spitze des Erzbistums Lima.

Am 28. Dezember 2018 wurde Erzbischof und Kardinal Juan Luis Cipriani Thorne 75 Jahre alt und bot deshalb, wie vorgeschrieben, dem Papst seinen Rücktritt an. Für vatikanische Verhältnisse nahm Papst Franziskus sehr schnell seinen Rücktritt an und ernannte am 25.1.2019 den Theologieprofessor an der Katholischen Universität Perus, Dr. Carlos Castillo Mattasoglio (69) zum neuen Erzbischof der Erzdiözese Lima. Erzbischof Castillo hat Erfahrungen in der Pfarrgemeindefarbeit, zuletzt in der Pfarrei St. Lazaro im Armenviertel Rimac (Lima) und in der Jugendpastoral.

Der zweite peruanische Kardinal, Pedro Barreto SJ, der engagierte Erzbischof von Huancayo, sagt vom neuen Limaer Erzbischof Castillo, dass er immer nah bei den Menschen war und dass er ein Priester in der Linie des Papstes Franziskus sei. Erzbischof Castillo hat in Rom studiert und über den Bischof der Indigenen in der Kolonialzeit, Bartolomé de las Casas, promoviert. Er wird am 2.

März geweiht und in sein Amt eingeführt.

Kardinal Cipriani ist also nicht länger Chef der Erzdiözese Lima. Jetzt sollte er seinen Ruhestand in Muße und Buße erleben und Schluss machen mit seinen reaktionären Predigten und Radiobotschaften (über einige hatten wir auch in unserem Newsletter berichtet). Die heftigste Angriffsfläche boten sicher seine Äußerungen über Männer- und Frauenrolle wie (sinngemäß): Gott setzt den Vater über seine Kinder und alle sollen ihm Respekt zollen. Die Mutter schaut, dass alles zuhause gut funktioniert. Das ist das Wort Gottes: Der Vater ist die maximale Autorität, die Mutter ist diejenige, die den internen Ablauf im Haus zuständig ist. Sie organisiert die Geburtstagsfeste, kümmert sich darum, dass die Kleidung sauber ist, stellt Blumen in die Zimmer, belehrt die Kinder, damit ihnen nichts geschieht (1999).

Als an die hunderttausend Personen - meist Frauen - im Jahr 2016 in Peru gegen sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen auf die Straße gingen, verstieg sich Kardinal Cipriani zu der Äußerung, dass die Schuld schließlich nicht bei den Vergewaltigern, sondern bei den jungen Frauen zu suchen sei, die sich provozierend anzögen.

Im Fall der aktuellen Haft von Keiko Fujimori (Vorsitzende ihrer Mehrheitspartei im peruanischen Parlament und Tochter des zu langer Haft verurteilten Ex-Präsidenten) – sie ist in U-Haft, um die staatsanwaltlichen Untersuchungen gegen sie wegen Korruptionsvorwürfen zu ermöglichen –, sprach Kardinal Cipriani über die „unerträglichen Schmerzen der Mutter Keiko Fujimori und ihrer Kinder“, weil sie jetzt im Gefängnis ist. Im Fall des wegen enormer Korruptionsvorwürfe gegen Ex-Präsident García verfügten Verbots, Peru zu verlassen, und nach dessen untauglichem Versuch, politisches Asyl in der Botschaft Uruguays zu suchen, sprach Cipriani vom Recht aller, politisches Asyl zu suchen. Kardinal Barreto dagegen sprach sich klar dafür aus, dass die peruanische Justiz gegen Korruption vorgehen muss, egal gegen wen.

Insgesamt verlieren die Angehörigen des ultrarechten katholischen Sektors, das Opus Dei und auch die ultrakonservativen evangelikalen Interessensgruppen, ihren wichtigsten Verbündeten. Ein Verlust, der dem Wohle der Menschen dient.

All das könnte Kardinal Cipriani weiterhin so sagen, aber nicht mehr als „Kardinal im Amt eines Erzbischofs“.

Nun ist es so, dass Kardinal Barreto am 12. Februar 2019 gleichfalls 75 geworden ist, und damit routinemäßig seinen Rücktritt angeboten hat. Er kann, muss aber noch nicht angenommen werden.

Heinz Schulze

5. Trotz Freihandel - Perus Rohstoffabhängigkeit gestiegen

Die Anhänger des Freihandelsdogmas versprechen boomenden Handel. Beim Freihandelsvertrages zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien hat sich dieses Versprechen nicht erfüllt.

Am 5. November 2018 ging es in Berlin auf einer Fachkonferenz mit dem Thema „Tausche Auto gegen Steak“ um die Handelsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa. Die Referent*innen kamen aus verschiedenen Ländern Europas, den USA und aus Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Uruguay, El Salvador und Chile. Dabei war ein Schwerpunkt

der Austausch über die Erfahrungen mit den verschiedenen Freihandelsabkommen: Es stellte sich heraus, dass die Abkommen sehr viele ähnliche Probleme aufwerfen und vergleichbare Erfahrungen gemacht werden.

Ich habe mir zwei „Schlüsselfragen“ vorgenommen, zu denen ich aus der Konferenz berichten will.

Bringen die Freihandelsabkommen wirtschaftlichen Erfolg?

Durch die Liberalisierung der Handelsbeziehungen und den Wegfall von Zöllen werde die Wirtschaft und damit der Wohlstand wachsen – das ist die Theorie, mit der für den Freihandel geworben wird. Die Erfahrung mit verschiedenen Freihandelsabkommen aber zeigt, dass sie für die Länder Lateinamerikas nicht den erwünschten und versprochenen wirtschaftlichen Erfolg gebracht haben. Der Handel mit Europa hat an Bedeutung abgenommen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit China sind inzwischen für Lateinamerika wichtiger. Immer noch bestehen die wirtschaftliche Ungleichheit und die asymmetrischen Handelsbeziehungen (Rohstoffe gegen Fertigprodukte) zwischen Europa und den USA einerseits und den Ländern Lateinamerikas andererseits.

Das lässt sich am Beispiel Kolumbien und Peru – der Freihandelsvertrag zwischen der EU und Kolumbien und Peru ist fünf Jahre alt – gut zeigen: Exporte der EU in diese Länder bestehen nach wie vor zu fast 90% aus Fertigprodukten. Umgekehrt bestehen die Importe der EU aus Kolumbien und Peru zu 90% aus Rohstoffen. Dabei hat die Ausfuhr von Mineralien abgenommen (durch gesunkene Rohstoffpreise und die Wachstumsschwäche der Industrieländer), die Agrarexporte aber haben zugenommen. Es kann also nicht von einer Abkehr von der Rohstoffabhängigkeit gesprochen werden, die für diese Länder so wichtig wäre.

Im Fall von Peru ist sogar das Gegenteil zu beobachten: der Export von Primärprodukten, die ohne Einsatz von (einfacher) Technologie hergestellt werden, hat zugenommen. Das ist ein klarer Rückschritt.

Insgesamt haben die Exporte Kolumbiens und Perus nach Europa abgenommen, die Bilanz des Handels mit Europa hat sich für beide Länder verschlechtert.

Gibt es – als Folge der Verträge – Fortschritte bei Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards?

In den Freihandelsverträgen gibt es immer auch Kapitel, in denen die Beachtung der Menschenrechte sowie internationaler Sozial- und Umweltstandards versprochen wird. Welche Rolle spielen diese Versprechen bei den Vertragsverhandlungen und bei der Umsetzung der Verträge?

Es wurde festgestellt, dass bei den (vorgeschriebenen) Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen bezüglich der Freihandelsverträge die Menschenrechte nicht berücksichtigt wurden. Die EU kommt ihrer Verpflichtung nicht nach: bei keiner laufenden Verhandlung werden solche Abschätzungen gemacht. Daher enthalten die entsprechenden Kapitel in den Verträgen keine Mechanismen, die die Erfüllung solcher verbalen Verpflichtungen erzwingen.

Im Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru und auch in den – unabhängig vom Vertrag – von Peru und Kolumbien jeweils unterzeichneten „Fahrplänen“ (Hojas de Ruta) gibt es Kapitel zu Menschenrechten und Sozial- und Umweltstandards („Nachhaltigkeit“).

Die Menschenrechts-Klausel ist zentraler Bestandteil des Vertrags, sie ist „sanktionsbewehrt“: die Verletzung von Menschenrechten kann also sanktioniert werden, das kann die Aussetzung

von Vorzugsregelungen des Vertrags bedeuten. Die Erfahrung mit solchen Klauseln aus verschiedenen Handelsverträgen aber zeigt, dass die Hürden für ihre Aktivierung sehr hoch gesetzt sind und sie nur selten angewandt wird.

Dabei hat sich die menschenrechtliche Situation in Kolumbien in den letzten Jahren nicht verbessert: es gibt Angriffe gegen Umweltschützer*innen und eine steigende Zahl von Morden an Menschenrechts-Verteidiger*innen. In Kolumbien werden viele Arbeitsrechte verletzt, die Standards der im Vertrag erwähnten internationalen Abkommen werden nicht eingehalten. Kolumbien ist auch einer der gefährlichsten Orte der Welt für Gewerkschaftsarbeit: es gibt eine hohe Zahl an Morden und Mordversuchen an Gewerkschafter*Innen

In Peru hat die Repression in den letzten Jahren zugenommen: Proteste gegen Minenprojekte werden unterdrückt, der Widerstand wird kriminalisiert, es gibt über 800 Gerichtsverfahren. In mehreren Bergbauregionen wurde der Ausnahmezustand verhängt. In den Auseinandersetzungen gibt es immer wieder Tote.

Das Nachhaltigkeitskapitel im Freihandelsvertrag der EU mit Kolumbien und Peru (Titel IX) ist nicht sanktionsbewehrt, enthält also keine Mechanismen, die die Erfüllung der Versprechungen erzwingen. Es ist also unwirksam, weil im Falle der Nichterfüllung keine Sanktionen erfolgen

Auch in den Abkommen der EU mit Mexiko und dem Mercosur sind die entsprechenden Zusagen im Nachhaltigkeitskapitel nicht verbindlich.

Die Grundsatzfrage heißt: sind die Freihandelsverträge für die Länder Lateinamerikas nützlich?

Die zivilgesellschaftlichen Kritiker*innen werden sich entscheiden müssen, ob sie für eine Veränderung und Verbesserung der Verträge oder für ihre Kündigung eintreten.

Jimi Merk

6. "Wir wollten eine Willkommenskultur schaffen"

Der Verein Color Esperanza aus Freiburg ist Pionier bei den Reverse-Programmen, die Jugendlichen aus Peru ein Freiwilliges Soziales Jahr in Deutschland ermöglichen.

Katharina Ruf * und Samuel Klein* von Color Esperanza erzählen im Interview mit Jimi Merk, wie die Initiative entstand und heute zu einer Solidarität der Gegenseitigkeit beiträgt.

Color Esperanza ist ein Verein, der 2006 von Freiwilligen, die in Peru waren, gegründet wurde. Heute hat Color Esperanza 157 Vollmitglieder. Color Esperanza hat das Ziel, Chancengleichheit und interkulturelle Lernprozesse zu fördern und ermöglicht deshalb u.a. mit dem VAMOS!-Programm peruanischen Freiwilligen ein FSJ in Deutschland. Außerhalb des VAMOS-Programms bestehen andere Arbeitsgruppen, die sich mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Themen befassen oder kreativ arbeiten.

Wie lange organisiert Color Esperanza (CE) schon dieses Reverse-Programm „VAMOS!“, das Ihr ja schon vor dem Start des „Weltwärts“-Süd-Nord-Austauschs begonnen habt? Mit welcher Motivation habt Ihr das damals angefangen?

Wir haben das Programm 2009 gestartet. Der Grund war, dass wir es als ungerecht empfanden, dass wir als deutsche Jugendliche die Möglichkeit eines Freiwilligenjahres in Peru hatten, peruanische Jugendliche aber umgekehrt nicht. Wir sind da ziemlich „idealistisch“ dran gegangen.

Inzwischen gibt es zwar das staatlich finanzierte Süd-Nord-Programm von „Weltwärts“, das

Austausch-Verhältnis ist aber immer noch sehr ungleich. 2017 lag das Verhältnis bei allen Weltwärts-Freiwilligendiensten bei 3706 deutschen Freiwilligen, die ins Ausland gingen, gegenüber 564 Freiwilligen aus dem Süden, die ein FSJ in Deutschland absolvierten. Bei der Fachstelle in Freiburg waren es 2017/18 35 deutsche Freiwillige im Ausland und 10 ausländische Freiwillige in Freiburg.

[caption id="attachment_5022" align="alignleft" width="300"] Katharina Ruf vom Vamos-Programm des Vereins Color Esperanza[/caption]

Wie viele Peruaner*innen kamen anfangs und wie viele kommen heute?

In der ersten Zeit kamen zwei peruanische Freiwillige pro Jahr, heute kommen bis zu 10. Das VAMOS!-Programm ist professioneller geworden, wir können die Begleitung für diese Anzahl von Freiwilligen gut gewährleisten.

Nach Peru sind 2018 24 deutsche Freiwillige ausgereist, von denen einige eigentlich nach Nicaragua wollten (*die Freiwilligen-Programme für Nicaragua sind gerade ausgesetzt, d.Red.*)

Wie gewinnt Ihr die Teilnehmer*innen in Peru ?

Aus welchen gesellschaftlichen Gruppen kommen sie?

Es werden Ausschreibungen gemacht, jedes Jahr in einer bestimmten Region; die Werbung läuft über die sozialen Medien und über Radio. Unsere Partnerorganisationen sind

Voluntades: das ist eine peruanische NGO, die mit Ehrenamtlichen Projekte in ganz Peru durchführt- im Krankenhaus, in der Kinder- und Senioren-Arbeit und

Yanapachikun Immer : das sind ehemalige peruanische Freiwillige der Fachstelle Freiburg, der Name bedeutet: „wir gehen immer weiter“ (analog zu VAMOS!)

Interessierte können sich bewerben, es finden dann Bewerbungsgespräche statt.

Unser Ziel ist es, Leute aus allen sozialen Schichten zu gewinnen, deswegen findet kein Sprachtest statt. Es ist nur eine geringe finanzielle Beteiligung durch die Freiwilligen vorgesehen z.B. bei Kosten des Visums. Übernommen werden von uns insbesondere Flug, Verpflegung, pädagogische Begleitung, Gehalt und Versicherungen.

Die Auswahl findet durch die Partner vor Ort statt.

Ein Kriterium bei der Auswahl ist die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit, ein anderes das Interesse an gesellschaftlichen Fragen, sowie das Interesse und die Bereitschaft, eine andere Sprache zu lernen.

Das VAMOS!-Team hat eine Rassismus-kritische Prozessbegleitung gemacht. Dieser Prozess lief über zwei Jahre , es wurden die Vereins- und Machtstrukturen des Programms analysiert, um herauszufinden, wie mehr Gerechtigkeit innerhalb des VAMOS!-Programms und zwischen den Kooperationspartnern geschaffen werden kann. Ein wichtiger Schritt war unter anderem, Empowerment-Workshops für die peruanischen Freiwilligen in die Seminare mit einzubinden. Es bleibt ein Stück Ungleichheit im Programm bestehen durch die Herkunft der Gelder und die Abrechnungspflicht.

[caption id="attachment_5023" align="alignright" width="216"] Samuel Klein vom Vamos-Programm des Vereins Color Esperanza[/caption]

Welche Ausbildung haben die Teilnehmer*innen?

Das ist sehr gemischt: die Mehrheit ist im Studium oder hat das Studium bereits abgeschlossen.

Wenige machen den Dienst direkt nach der Schule, aber es gibt auch Teilnehmer*innen in Arbeit mit Anfang-Mitte 20 Jahren.

In welchen Einrichtungen Freiburgs leisten sie ihren Freiwilligendienst ?

Die meisten arbeiten im Sozialen Bereich, also im Kindergarten oder im Altersheim, im Jugendzentrum oder an Schulen. Manche machen ihren Freiwilligendienst bei einer politischen oder Umweltorganisation. Die Freiwilligen äußern bestimmte Interessen, zu denen wir versuchen, eine Einsatzstelle zuzuordnen. Dania Farfán vom Referat Freiwilligendienste im Erzbischöflichen Seelsorgeamt sucht die Einsatzstellen und hält dorthin den Kontakt.

Was war Euer Ziel, Eure Vorstellung für die Freiwilligen?

Der Freiwilligendienst ist in erster Linie ein Lerndienst. Die Freiwilligen sollen sich in ihrer Einsatzstelle einbringen, ohne jedoch eine*n Angestellte*n zu ersetzen. Sie sollen Deutschland kennenlernen und ein schönes Jahr haben, eine neue Sprache lernen, interkulturelle Erfahrungen machen, sich einbringen mit ihrem kulturellen Hintergrund, etwas über sich selbst erfahren und eventuell Erfahrungen für ihren Beruf sammeln.

Was war Euer Ziel, Eure Vorstellung für die Projekte?

Sie sollten den Projekten nützen als zusätzliche Arbeitskraft, die auch Verantwortung z. B. für eine Gruppe übernimmt. Dies ist am Anfang immer etwas mühselig wegen der Sprachprobleme.

Die Projekte sollen den Freiwilligen ein Einsatzfeld bieten, in das sie sich mit ihren Fähigkeiten einbringen können. Dabei dürfen sie aber, so gibt es das weltwärts-Programm vor, keine reguläre Arbeitskraft ersetzen. Die Einsatzstelle sollte den Freiwilligendienst auch für sich als eine Lernchance begreifen. Auch die Freiwilligen begreifen sich als Lernende. Dieser Aspekt darf neben dem materiellen Nutzen der Freiwilligen für die Einsatzstelle nicht vergessen werden.

Sorge bereiten uns Tendenzen, dass über Freiwilligendienste ansonsten nur schwer zu besetzende Stellen z.B. in der Pflege, billig besetzt werden. Hier tritt der Lerndienstcharakter in den Hintergrund. Wir haben aber auch eine Einsatzstelle in einem Altenheim und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Keine Einsatzstelle ist daher per se schlecht, es kommt auf die richtigen Bedingungen und die Offenheit der Arbeitgeber an.

Was war Euer Ziel, Eure Vorstellung für Euch, für Euren Verein?

Wir wollten eine Willkommenskultur schaffen. Außerdem sollten die Leute, die mit den Freiwilligen zu tun haben, etwas über Peru erfahren und Toleranz und Verständnis für andere lernen.

Damit leistet der Verein vor allem einen Beitrag für die Gesellschaft in Deutschland und natürlich auch für die Peruaner*innen, die über den Freiwilligendienst die Chance zu einem solchen Dienst bekommen haben.

Was hat sich bei den Freiwilligen verändert in den Jahren?

Durch die staatliche Förderung über das Weltwärts-Programm ist unser Programm größer und unsere Arbeit professioneller geworden. Bei den Seminaren bearbeiten wir mittlerweile auch mehr gesellschaftskritische Themen, wie Gender oder Postkolonialismus. Außerdem haben wir Empowerment-Tage für die Freiwilligen eingeführt. Empowerment ist eine wichtige Strategie, um Freiwilligen, die Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus machen (und das tun viele der Freiwilligen), ein Werkzeug an die Hand zu geben, wie sie damit produktiv umgehen können.

Früher gab es die Visa-Probleme für die Freiwilligen; die haben wir nicht mehr, denn durch die offizielle Anerkennung des Dienstes über das BMZ im Weltwärts-Programm sind die Visa-Entscheidungen keine Einzelfälle mehr. Mit einigen afrikanischen Ländern haben Aufnahmeorganisationen aber auch noch nach dem Start des offiziellen Weltwärts-Programms

Probleme mit Visa gehabt. Grund für die Ablehnung durch die deutsche Botschaft war oft eine als mangelhaft attestierte Rückkehrbereitschaft, z.B. wenn Freiwillige nicht angeben konnten, was sie nach dem Freiwilligendienst machen werden. (Nicht wenige deutsche Freiwillige können das ebensowenig.)

Was hat sich bei den Projekten verändert in den Jahren?

Wir sind bekannter geworden, die Werbung läuft nicht nur über die Gemeinden. Die Kooperation mit den Projekten ist konstant geworden, aber wir haben Erweiterungsversuche gemacht. Die meisten Projekte sind im Bereich Kinder, Jugendliche, Umwelt und Bildung, manchmal kommt etwas Neues hinzu.

Was hat sich inzwischen bei Euren Zielen verändert?

Wir sehen viele Dinge differenzierter, sind nicht mehr so blauäugig. Der Austausch von Deutschland nach Peru ist nicht das gleiche wie der von Peru nach Deutschland. Die deutschen Freiwilligen werden in Peru oft idealisiert, so als ob sie alles könnten. Hier müssen die peruanischen Freiwilligen eher kämpfen, haben Probleme und werden mit rassistischem Verhalten konfrontiert.

Haben sich Eure Einschätzungen bezüglich der Wirkungen des Freiwilligen-Einsatzes verändert ?

Wir sind (selbst)kritischer geworden, es läuft nicht alles super, wir beschäftigen uns mit den Problemen. Auf der einen Seite gibt es Dinge, die immer mal wieder vorkommen: Es passt nicht zwischen Freiwilligen und Gastfamilie, ein Freiwilliger hat Heimweh oder kommt immer wieder spät zu Arbeit. Aber auch schwierigere Dinge: z.B. wie gehen wir damit um, dass weiterhin ein Großteil des Dienstes von Deutschland finanziert wird und damit die kolonialen Machtverhältnisse erhalten bleiben? Wie bereiten wir die Freiwilligen auf wachsende Anfeindungen gegenüber Ausländern und Rassismus in Deutschland vor, ohne gleichzeitig zu verängstigen? Konsequenzen sind unsere Beschäftigung mit Rassismuskritik und postkolonialen Strukturen.

Welche Rückmeldungen gibt es von den peruanischen Freiwilligen bei der Auswertung und danach?

Es gibt überwiegend positive Rückmeldungen. Sie bedanken sich bei den Einsatzstellen und bei den Gastfamilien oder im Wohnheim, sagen dass sie sich in der Familie wohl gefühlt haben. Im Allgemeinen sind die Freiwilligen glücklich, über all die Erfahrungen und Erlebnisse, die sie über das Jahr hinweg gesammelt haben. Es gibt aber auch an einigen Punkten Kritik, z. B. bei einem Familien-Wechsel, der womöglich nicht glatt gelaufen ist. Sie berichten auch von Problemen bei der Rückkehr.

In Peru gab es Treffen mit Ex-Freiwilligen, die seit ein oder zwei Jahren zurück sind: sie berichten, dass sie viel von ihrem Einsatz mitgenommen haben. Viele von ihnen engagieren sich weiterhin für soziale oder politische Themen in Peru oder befassen sich mit anderen Themen, sind sehr selbst-reflektiert. Ihr Aufenthalt in Deutschland kann ihnen später Türen öffnen.

Habt Ihr später noch Kontakt zu den Ex-Freiwilligen?

Ja, zunächst über die Partnerorganisationen, meist ehemalige peruanische Freiwillige aus Freiburg. Es sind aber auch Freundschaften entstanden, die weiter gehen. Dann über die Arbeit im VAMOS!-Team selbst. Die ehemaligen peruanischen Freiwilligen engagieren sich nach ihrem Freiwilligendienst nämlich oft in einer der Partnerorganisationen

„Voluntades“ oder „Yanapachikun Immer“ und so bleiben wir quasi in einem „Arbeitsverhältnis“. Zum Anderen entstehen natürlich Freundschaften zwischen den Freiwilligen und Vereinsmitgliedern und man besucht sich gegenseitig, wenn man vor Ort ist. Manche der peruanischen Freiwilligen kommen auch nach Deutschland zurück, machen hier ein Studium oder eine Ausbildung - also der Kontakt bleibt oft bestehen.

Was sind Eure Perspektiven? Wie geht es weiter?

Es gibt keine großen Veränderungen. Es wurde entschieden, dass die Arbeit des Programms vom VAMOS!-Team und dem Referat Freiwilligendienste der Erzdiözese Freiburg getragen wird. Eine ständige Herausforderung ist es, Ehrenamtliche für die Arbeit zu gewinnen. Es sind Leute vom VAMOS!-Team aus Freiburg weggezogen, und nun gilt es, neue Mitglieder von Color Esperanza für die Arbeit im VAMOS!-Team zu begeistern.

Die Kooperation der Ehrenamtlichen und der Hauptamtlichen im Referat Freiwilligendienste klappt gut, das ist wichtig.

Wir sind mit dem Konzept für VAMOS! zufrieden, werden aber daran weiterarbeiten.

**Katharina Ruf ist 28 Jahre alt und studiert Ethnologie; Samuel Klein ist 25 und Referent für Theologie beim BDKJ Köln*

Das Interview führte Jimi Merk

7. Die Fahrpläne in Deutschland haben mich überrascht"

Milena Medina und Wilson Bellota aus Peru haben 2017 - 2018 ein Freiwilligenjahr in Freiburg verbracht. Im Gespräch mit Jimi Merk erzählen sie von ihren Erfahrungen in Deutschland.

Woher kommt Ihr ?

Milena: Ich komme aus Ayacucho.

Wilson: Ich komme aus dem Bezirk Mi Peru, der früher zu Ventanilla gehört hat, in der Region Callao.

Welche Ausbildung habt Ihr in Peru gemacht?

Milena: Ich habe Psychologie studiert. Nach meiner Rückkehr muss ich jetzt noch ein Jahr studieren. Ich habe auch schon als Erzieherin im Kindergarten und auch als Freiwillige bei „Voluntades“ in Alters- und Kinderheimen gearbeitet.

Wilson: Ich habe Grundschullehrer an der UCH (Universidad Ciencias y Humanidades) in Los Olivos (Lima) studiert und war im 8. Semester. Nach der Pause durch das Freiwilligen-Jahr muss ich noch eineinhalb Semester studieren.

Wie habt Ihr von der Möglichkeit erfahren, in der Erzdiözese Freiburg ein Jahr als Freiwilliger zu arbeiten?

Milena: Es gab in Ayacucho eine Infostelle des Vamos-Programms, auch bei „Voluntades“ gab es Infos: mein Chef hat mich darauf hingewiesen.

Wilson: Es gab Werbung für das Vamos-Programm in meinem Stadtteil, dann habe ich im Internet nachgeschaut. Es gab ein Treffen für Interessierte aus Ventanilla und Mi Peru.

Was habt Ihr in Deutschland gemacht hat? Wo habt Ihr gearbeitet?

Milena: Ich habe auf der Insel Reichenau als Erzieherin in einem Kindergarten gearbeitet.

Wilson: Ich habe im „Kindergarten der Kulturen“ in der Güterhallenstraße in Freiburg gearbeitet. Ich habe verschiedene Aktivitäten mit den Kindern gemacht, z.B. Basteln und Malen. Ich habe beim Sommerfest zusammen mit meinem Gastvater Puppentheater gespielt, die Handpuppen habe ich selber gebastelt.

Was war für Euch besonders schwer?

Milena: Das Erlernen der Sprache. Ich konnte kein Deutsch und hatte Angst. Ich habe mich dann aber beruhigt, weil ich in Peru und Deutschland einen Sprachkurs besuchen konnte.

Wilson: Die Sprache zu lernen war sehr schwer für mich.

Was war für Euch besonders leicht?

Milena: Die Arbeit im Kindergarten mit den Kindern und den Kolleg*innen fiel mir leicht. Ich habe gelernt, wie man mit Kindern arbeitet und lernt. Es gibt große Unterschiede zwischen Peru und Deutschland bezüglich der Arbeit mit Kindern.

Wilson: Es fiel mir leicht, Beziehungen zu den Erzieherinnen und Erziehern aufzubauen.

Welche Befürchtungen hattet Ihr? Wo haben sie überhaupt nicht zugetroffen?

Milena: Meine Befürchtungen bezüglich der Sprache haben nicht zugetroffen.

Wilson: Ich kam mit einigen Befürchtungen, z. B. mit dem Klischee, dass die Leute in Deutschland unfreundlich sind. Das hat nicht gestimmt, ich habe keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Was hat Euch überrascht in Deutschland?

Milena: Ich hatte Informationen (durch ein Video) über die Kultur in Deutschland. Ich hatte nicht erwartet, dass es hier so viel gegenseitige Hilfe gibt und dass die Leute so freundlich sind.

Wilson: Die Fahrpläne in Deutschland haben mich überrascht. Und dass die Züge (manchmal) pünktlich fahren.

Was habt Ihr in Deutschland gelernt?

Milena: Ich habe viele Ideen zur Bildung bekommen und etwas über die Selbständigkeit der Kinder gelernt. Hier lässt man z. B. die Kinder selber die Schuhe anziehen, wartet ab und hilft erst, wenn sie es nicht alleine schaffen. Das ist anders als in Peru.

Wilson: Die Pädagogik im Kindergarten: Da wurde nach der Reggio-Pädagogik, die aus Italien kommt, gearbeitet. Sie betont die Spiritualität, die Selbständigkeit der Kinder und das interkulturelle Lernen. Die Kinder und auch die Erzieher*innen in diesem Kindergarten kamen aus verschiedenen Kulturen.

Wie möchtet Ihr das Gelernte in Peru anwenden?

Milena: Ich möchte in Peru politisch arbeiten für die Bildung.

Wilson: Ich möchte eine Untersuchung über Reggio-Pädagogik in Peru machen. Außerdem arbeite ich bei Ludotecas mit: das sind Spielräume für Kinder, in denen sie ihre Persönlichkeit durch freies Spielen entwickeln sollen. Außerdem will ich Workshops über Umwelt- und Klimaschutz für eine nachhaltige Entwicklung machen.

Gibt es eine Geschichte, ein Ereignis, das Euch (positiv oder negativ) besonders in Erinnerung geblieben ist?

Milena: Ich bin mit meiner Gastfamilie in Urlaub gefahren und war verwundert, wie wenige Dinge wir mitgenommen haben und wie wenig man braucht.

Wilson: Die Seminare für die Freiwilligen waren sehr gut! Sie haben mir bei meiner Persönlichkeitsentwicklung („desarrollar a mi mismo“) geholfen, ich habe da viel über mich erfahren.

Die Fragen stellte Jimi Merk

8. Warum so viele Peruaner an Silvester demonstrieren gingen

Einige Schlaglichter auf den Justiz- und Politkrimi rund um Lava Jato

Seit vielen Monaten tobt ein Kampf innerhalb des Justizapparats und sorgt für tägliche Schlagzeilen. Im Kern geht es um den Versuch einiger aufrechter, unbestechlicher Staatsanwält*innen und Richter*innen, die wuchernde Korruption innerhalb und außerhalb der Justiz in den Griff zu bekommen und endlich dafür zu sorgen, dass Mitglieder unterschiedlicher Mafia-Clans, Wirtschaftsnetzwerke und mit ihnen verbündete Politiker*innen und Staatsbedienstete für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Dass die Auseinandersetzungen nun derart dramatisch ablaufen, hängt mit der politischen Bedeutung der Beteiligten und der bald schon unendlich scheinenden Geschichte des Odebrecht-Korruptionsskandals zusammen, der auch unter der Bezeichnung „Lava Jato“ in Peru seit 2015 auf parlamentarischer und juristischere Ebenen untersucht wird. Unter anderen sind fünf ehemalige Präsidenten Perus sowie Keiko Fujimori und deren Führungsclique Ziel der umfangreichen und hindernisgespickten Ermittlungen. Dazu unten mehr.

Korruption ist ein alltägliches Phänomen, das sich praktisch durch alle Lebensbereiche zieht. Ob ein*e Polizist*in anstelle des Strafzettels die Hand aufhält, ein Medikament im staatlichen Krankenhaus nur „schwer verfügbar“ ist, ein*e Richter*in ein bezahltes Gefälligkeitsurteil spricht oder eine berechtigte Verurteilung verhindert, zählt quasi schon zum Brauchtum.

Die Auswirkungen fallen allerdings sehr unterschiedlich aus. An Alltagskorruption kann oder muss man sich zähneknirschend gewöhnen und gegebenenfalls mitspielen, solange dies nicht die eigene Gesundheit oder die Existenz unmittelbar bedroht. Ist man nicht in der Lage, für ein lebensrettendes Medikament den „Aufpreis“ zu bezahlen, kann es schlimmstenfalls die Gesundheit oder gar das Leben „kosten“. Dass sich Richter*innen, Staatsanwält*innen aller Instanzen und Anwält*innen „kaufen lassen“, wird schnell zu einer existenziellen Frage. Unzählige Bauerngemeinden mussten und müssen die leidvolle Erfahrung machen, teilweise jahrzehntelang in rechtliche Auseinandersetzungen um ihre Landtitel hineingezogen zu werden, die bei Drogenbaronen, Minengesellschaften, ehemaligen Grundbesitzer*innen, Lokalfürsten und anderen Interessierten Begehrlichkeiten geweckt haben.

Einmal abgesehen von der komplexen Landproblematik, zeigt ein Blick auf juristisch geführte Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Konfliktfeldern, dass in der Regel immer noch diejenigen gewinnen, die am meisten bezahlen und über den nötigen Einfluss bei den einschlägigen Autoritäten verfügen.

Gangster und kriminelle Politiker*innen vor Verfolgung zu schützen, haben sich daher zahlreiche Gesetzesvertreter*innen zur lukrativen Einkommensquelle gemacht. Überhaupt ist die Juristerei ein lohnendes Metier. Das Jurastudium boomt und unzählige private Hochschulen tummeln sich auf dem Anbietermarkt. Eine der zahlreichen (unterqualifizierten) privaten Universitäten wirbt entsprechend für diese Laufbahn: „Das Jurastudium bildet diese außerordentlich nachgefragten Fachleute aus und die Berufsausübung gilt als eine der am

besten bezahlten des Landes.“ 130 000 Jurist*innen sind derzeit registriert, davon der weitaus größte Teil in Lima und Callao. Klingelt es jetzt vielleicht bei ihnen, wenn Sie Callao hören?

Callao, die an Lima grenzende größte Hafenstadt Perus, ist das Zentrum der Aktivitäten der mächtigen Mafia „Los Cuellos Blancos del Puerto“ (die „weißen Kragen vom Hafen“). Ein Netzwerk aus Mafia, Hafenbehörde, Staatsanwält*innen und Richter*innen, Amtsträger*innen, Logistikunternehmen und anderen Firmen, deren Machenschaften weit über Callao und Lima hinaus reichen, u.a. bis zum illegalen industriellen Fischfang. Callao ist der wichtigste Hafen für Drogen, Waffen und anderes Schmuggelgut. Neben dem Lava-Jato-Komplex stehen die diesbezüglichen Enthüllungen im Fokus des öffentlichen Interesses.

Die „Weißen Kragen vom Hafen“ und die „CNM Audios“

Im Juli 2018 publizierten die investigativen Journalisten von IDL-Reporteros, die schon die Schlüsselrolle in der Berichterstattung über Lava Jato inne hatten, erste Audiomitschnitte von Gesprächen unter Richtern und Angehörigen des CNM (Consejo Nacional de la Magistratura), der obersten juristischen Instanz, die u.a. für die Ernennung und Absetzung von Staatsanwälten und Richtern zuständig war. Diese Telefonmitschnitte waren heimlich von integren Richter*innen und Staatsanwält*innen angeordnet worden, um Beweise gegen korrupte Justizangehörigen zu sammeln und ihnen das Handwerk legen zu können. Besonders César Hinostroza Pariachi, der damals das Amt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs von Callao ausübte, stand im Visier der Ermittler*innen. Die Audios entlarvten die unzähligen schmutzigen Deals zwischen Justizangehörigen, Mafia und anderen einflussreichen Personen aus Politik und Verwaltung. Ein Audio hatte die Menschen besonders aufgewühlt, nämlich ein Deal Hinostrozas zur Freilassung des verurteilten Vergewaltigers einer Minderjährigen. Sofort forderte das Ministerium für Frauen dessen Absetzung. Anschließend kam es zu großen Mobilisierungen und Kundgebungen der Bewegung „Ni Una Menos“ unter der Parole „Mujeres x Justicia“. Die Audios enthüllten ein ganzes Netzwerk von Beziehungen zwischen Mafia und Justiz bis in die höchsten Justizkreise, insbesondere der CNM. Richter Hinostroza konnte sich trotz starken Rückhalts u.a. durch den Fujiaprismo nicht mehr halten, wurde abgesetzt und angeklagt. Trotz Ausreiseverbots gelang ihm mit Hilfe einer Komplizin beim Zoll die Flucht über die nördliche Landesgrenze. Er setzte sich nach Spanien ab und wurde dort sogleich auf Verlangen Perus in Haft genommen. Die CNM war derart korrupt und diskreditiert, dass alle ihre Mitglieder im Herbst abgesetzt und die gesamte Institution aufgelöst wurde. Ersetzt wurde sie inzwischen durch die neue „Junta Nacional de Justicia“ (JNJ), die nach einem nationalen Referendum, das die Regierung Vizcarra initiiert hatte, mit Zustimmung von 86% der peruanischen Bevölkerung verfassungsmäßig eingerichtet wurde.

Im Kontext der CNM-Audios geriet nach Hinostroza besonders Generalstaatsanwalt Pedro Gonzalo Chávarry, damals Präsident des Ministerio Público, ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Chávarry wird u.a. beschuldigt, neben sechs weiteren Oberstaatsanwälten selbst Mitglied der Mafia der weißen Kragen zu sein. Chávarry wurde zur Schlüsselfigur im perfiden Schachspiel von Fuerza Popular und APRA zur Abwehr der Untersuchungen im Fall Lava Jato / Odebrecht. Chávarry sollte die aufrechten und mutigen Staatsanwälte der juristischen Sonderkommission Lava Jato behindern und wenn möglich, vollkommen aus dem Verkehr ziehen.

Lava Jato / Odebrecht

Im Folgenden reihe ich stichwortartig die wichtigsten Ereignisse in diesem Polit- und Justizkrimi aneinander, dessen Verlauf, Irrungen und Wirrungen im Detail wiederzugeben

inzwischen mehrere Bände füllen würde.

Seit 2015 ermitteln Kongress und eine juristische Sonderkommission im Fall Lava Jato, um die Korruption zwischen peruanischen Politiker*innen und dem brasilianischen Konzernmagnaten Odebrecht aufzuklären. Odebrecht ist das größte Baukonsortium Lateinamerikas und hat zahlreiche Großaufträge in Peru ausgeführt. Sowohl in Brasilien als auch Peru wurde und wird gegen jeweils fünf ehemalige Präsident*innen³ wegen Korruption ermittelt. In Peru sind es Alberto Fujimori, Alejandro Toledo, Ollanta Humala, Alán García, Pedro Pablo Kuczynski. Ebenso gegen Keiko Fujimori, lange die mächtigste Politikerin Perus und die Führungsclique ihrer Partei Fuerza Popular. APRA und Fuerza Popular sind ein Bündnis eingegangen, um ihren Einfluss in Parlament und Justiz zu nutzen, um die Aufklärung im Lava Jato-Komplex zu untergraben und möglichst vollständig einzustellen. Sie zu verzögern und unterlaufen, ist ihnen auch mehrere Jahre lang gelungen. Alan García und Keiko Fujimori drohen viele Jahre Haft, sollte ihnen ihre Verwicklung nachgewiesen werden können. Lava Jato ist in mehrere Untersuchungskomplexe aufgeteilt. In den letzten Monaten ging es vor allem um die Ermittlungen im Fall „Cocteles“. Unter Keiko soll Fuerza Popular 1 Mio. US Dollar an illegalen Parteispenden von Odebrecht erhalten haben. Um dies zu verschleiern, wurde behauptet, die Summe sei auf fünf Benefiz-Cocktailparties eingenommen worden. Zahlreiche Parteimitglieder oder Freunde wurden genötigt, sich als weitere Spender auszugeben. Einige dieser Genötigten sind derzeit Kronzeugen in dem Verfahren gegen Fuerza Popular geworden. Soviel in wenigen Worten zum Hintergrund.

Ab Oktober 2015 wurden Untersuchungen wegen Scheinspenden („aportes fantasmas“) eingeleitet. Im September 2017 wurde der Fall der speziellen Kommission für Untersuchung von Geldwäsche übertragen. Ab Oktober 2017 ermittelte Staatsanwalt José Domingo Pérez wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung innerhalb von Fuerza Popular. Im Januar 2018 wurde Pérez angewiesen, das Verfahren einzustellen. Im Februar 2018 sagte Odebrechts ehemaliger Geschäftsführer in Peru, Jorge Barata, gegenüber Pérez bei einem in Brasilien geführten Verhör aus, dass zwei Chargen von jeweils 500 000 Dollar in bar an Fuerza Popular für die Wahlkampagne ausgezahlt wurden.

Im März 2018 ordnete Domingo Pérez in einer Paralleluntersuchung die Durchsuchung der Anwesen der Parteizentrale und der beiden Führer von FP Jaime Yoshiyama und Augusto Bedoya an, die zusammen mit Keiko als Drahtzieher innerhalb der kriminellen Vereinigung gelten. Im April 2018 wurde die Aufhebung des Verfahrens von Januar 2018 widerrufen, so dass das Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Geldwäsche wieder aufgenommen werden konnte. Im September begann vor Gericht ein mehrere Wochen andauerndes Vorverfahren, in dem geklärt werden sollte, ob Untersuchungshaft gegen die FP-Führungsclique für die Zeit des anstehenden Hauptverfahrens verhängt werden sollte.

Dann geschah, womit kaum jemand wirklich gerechnet hatte: Am denkwürdigen 01.11.2018 wurde Keiko Fujimori, die einstmals mächtigste Frau wie Person Perus, zu 36 Monaten Untersuchungshaft verurteilt und noch im Gerichtssaal verhaftet. Am Ende hatte Richter Concepción Carhuacho gegen 7 der 11 Untersuchten Schritt um Schritt Untersuchungshaft verordnet und gegen die restlichen vier Ausreiseverbote und die Meldepflicht ausgesprochen. Daraufhin legte die Verteidigung Keikos Widerspruch ein, der jedoch in erster Instanz abgewiesen wurde.

Ende des Jahres 2018 mussten die Staatsanwält*innen routinemäßig durch Generalstaatsanwalt Chávarry in ihren Aufgabebereichen bestätigt oder widerrufen werden.

Im Laufe des Jahres war Chávarry in der öffentlichen Meinung immer mehr zur Inkarnation der Korruption geworden. Gleichzeitig erreichten die aufrechten Staatsanwälte Rafael Vela und José Domingo Pérez der Sonderkommission zur Untersuchung des Lava Jato-Komplexes und Richter Carhuacho geradezu Kultstatus.

Also schlug Chávarry in einer Nacht- und Nebelaktion in der Silvesternacht zu und zog die beiden verhassten Staatsanwälte, die ihn mittlerweile auch schon ins Visier genommen hatten, vom Fall „Cocteles“ ab. Der gewichtigste Grund hierfür dürfte die Unterzeichnung eines Übereinkommens zum Verhör von Odebrecht und dessen engster Mitarbeiter im Januar durch Carhuacho und Vela in Brasilien selbst gewesen sein. Odebrecht hatte sich als Kronzeuge inzwischen persönlich bereit erklärt, vor der peruanischen Justiz alle Karten offen zu legen. Dies sollte Chávarry im Interesse von FP und APRA unbedingt verhindern. Kurzzeitig gelang dies durch Chávarrys Coup auch.

Die Reaktionen erfolgten prompt. Noch in der Silvesternacht versammelten sich tausende Bürger*innen zu einer spontanen Demonstration. Wenige Tage später fanden landesweit Massenkundgebungen mit mehreren hunderttausend Menschen statt. Präsident Vizcarra brach seine Brasilienreise ab, um geeignete Maßnahmen zur Lösung der Krise zu ergreifen. Das Leitungsgremium der Staatsanwaltschaft (Junta de Fiscales Supremos) forderte Chávarry zum Rücktritt auf. Es folgte die Aussetzung seiner Mitgliedschaft in der Anwaltskammer auf vier Monate durch den Ethikausschuss. (Diese ist Bedingung für die Ausübung des Amtes.) Und nicht zuletzt ließ die Staatsanwaltschaft die Räume des engsten Mitarbeiters des Generalstaatsanwalts, Juan Manuel Duarte durchsuchen, der daraufhin zurücktrat. Im Auftrag Chávarrys brachen daraufhin einige enge Mitarbeiter*innen das versiegelte Büro auf und entwendeten belastendes Aktenmaterial, das noch nicht beschlagnahmt worden war.

Am 08.01.2019 war der Druck zu groß geworden und Chávarry trat zurück. Als Schachfigur war er auch für Fuerza Popular und die APRA kaum mehr zu gebrauchen und hatte viel Rückhalt verloren. Die Staatsanwälte Carhuacho und Vela wurden wieder in ihre Funktionen eingesetzt.

Doch Chávarry hat nicht aufgegeben. Er bleibt Oberstaatsanwalt und Mitglied des fünfköpfigen Leitungsgremiums der Staatsanwaltschaft und genießt daher Immunität. Er weiß zu viel, als dass man ihn ganz fallen lassen könnte. Gerade hat der „Ständige Ausschuss des Parlaments“ mit der Mehrheit von Fuerza Popular den Anklagepunkt „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung“ abgewiesen, so dass diesbezügliche Untersuchungen nicht mehr stattfinden dürfen und im Archiv enden, sollte dem Widerspruch der Oppositionspartei Nuevo Peru nicht stattgegeben werden. Andere weniger gewichtige Anklagen wurden jedoch zugelassen. Anfang Januar ging Chávarry in die Offensive und zeigte Richter Carhuacho und Staatsanwalt Pérez wegen der Durchsuchung der Räume seiner Mitarbeiter an. Sein Argument: Seine Immunität erstreckte sich auch auf seine Mitarbeiter*innen und deren Büroräume.

Leider konnte auch der Fujimorismo einen großen Erfolg für sich verbuchen: In zweiter Instanz wurde einem Befangenheitsantrag der Verteidigung Yoshiyamas gegen Richter Richard Concepción (zur Erinnerung... derjenige der Keiko inhaftieren ließ) stattgegeben. Er ist nun von dem Fall „Cocteles“ bis auf weiteres abgezogen. Möglicherweise folgt bald die Freilassung der Untersuchungshäftlinge.

Trotz aller Behinderungsmanöver konnten Fujiaprismo und Chávarry nicht verhindern, dass es ab dem 15. Februar zur ursprünglich vorgesehenen Unterzeichnung des Abkommens mit

Odebrecht kommen wird und danach umfassende Verhöre beginnen werden. Geführt werden sie durch Rafael Vela und Domingo Pérez, die nie aufgegeben haben. Sollten Odebrecht und seine engsten Mitarbeiter*innen wirklich umfassend auspacken, werden ab Mitte Februar viele ehemalige und noch amtierende Politiker*innen und Staatsbedienstete keine ruhige Nacht mehr erleben.

Fazit

Der Niedergang von Fuerza Popular ist nicht mehr aufzuhalten. Nach der Aufhebung der Amnestie ist Alberto Fujimori wieder im Gefängnis, Keiko Fujimori in Haft und der einstmals populärste Abgeordnete Kenji Fujimori hat sich nach den zahlreichen Polit- und Familiendramen aus der Politik zurückgezogen. Dennoch wird es noch eine ganze Weile dauern, bis der Fujimorismo bedeutungslos geworden ist. Die APRA, historisch älteste Partei Perus, ist schon am unwürdigen Ende angelangt. Alán García, ihr einstmals unumstrittener Caudillo, ist mit dem Versuch, am 18. November 2018 in der Botschaft Uruguays politisches Asyl zu erhalten, krachend gescheitert. Dank seines Einflusses blieb er bisher immer noch vor Anklageerhebungen wegen Lava Jato verschont. Dies wird sich nun ändern. Eine Ausreisesperre ist gegen ihn verhängt.

An der tief verwurzelten Korruptionspraxis wird sich nicht viel ändern. Dazu bedürfte es sehr grundlegender struktureller Veränderungen der Gesellschaft, die nicht in Sicht sind. Erst vor kurzem hat sich der Anwalt und Ombudsmann für Korruptionsbekämpfung von Callao, Engie Herrera, bei den Medien mit einem Hilferuf an die Justiz gemeldet. Die Mafia der „Weißen Kragen“ operiere weiterhin wie gehabt. 605 Verfahren gegen sie seien noch anhängig. Die großartigen Erfolge, die einige mutige und unbestechliche Richter*innen und Staatsanwält*innen, gemeinsam mit dem starken Rückhalt durch die Zivilgesellschaft bisher erzielt haben, sind nur wenige Mosaiksteine, aber immerhin recht große. Künftige Generalstaatsanwält*innen und oberste Richter*innen wissen nun, dass sie nicht unantastbar sind. Optimistisch stimmt auch, dass immer mehr Bürger*innen bereit sind, gegen Korruption auf die Straße zu gehen, in den sozialen Medien und anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv zu werden und auch im privaten Alltag diesem Übel mutiger zu begegnen.

Und solange es Frauen wie die 55jährige Susel Paredes, Anwältin und LGTBI-Aktivistin vom linken Bündnis Juntos por el Perú und Männer wie George Forsyth von Somos Perú, den neuen Bürgermeister des Distrikts La Victoria und populärer ehemaliger Torwart von Alianza Lima, gibt, werden die Korrupten nicht mehr so unbehelligt und straffrei agieren können. Zusammen haben beide der Korruption den radikalen Kampf angesagt. Der vorherige Bürgermeister Elías Cuba hatte in Komplizenschaft mit den fünfundzwanzig in La Victoria operierenden Mafiagruppen „seinen“ Distrikt ausgeplündert und finanziell auf Jahre hinaus ruiniert. Im Morgengrauen schlägt Susel Paredes, inzwischen Leiterin der Steuerbehörde von La Victoria, geschützt durch eine kugelsichere Weste, im berühmt-berüchtigten Markt Gamarra auf, um Präsenz zu zeigen, Lizenzen zu prüfen, Mahnungen auszusprechen und verdächtige Geschäfte zu dokumentieren. Begleitet wird sie von den Agenten der neu gegründeten Einheit GOT (Grupo de Operaciones Tácticas), der Polizist*innen, Anwält*innen, Yogalehrer*innen, Verwaltungsstudent*innen und nicht zuletzt Vertreter*innen der Gemeinde Shipibo-Conibo aus dem Viertel Cantagallo angehören.

Andreas Baumgart

9. Debatte : Solidarität zwischen Deutschland und Peru - was ist das ?

Die Infostelle Peru möchte eine Debatte anstossen, darüber, wie Solidarität und Partnerschaft heute zwischen Peruaner*innen und Deutschen aussehen kann. In jedem InfoPeru werden wir je eine Peruanerin und einen Deutschen um einen Artikel bitten. Wir werden diesen Artikel auch in spanisch veröffentlichen unter der Rubrik <http://www.infostelle-peru.de/web/que-es-la-informationsstelle-peru/debate-solidaridad-entre-peru-y-alemania/> , so dass Peruanerinnen und Peruaner sich an der Debatte beteiligen können. Wir freuen uns aber auch um spontane Zuschriften. Eure Kommentare könnt Ihr in der Kommentarfunktion unter dem jeweiligen Beitrag anbringen.

Allen sei folgender älterer Beitrag von Trudi Schulze über 40 Jahre Peru-Solidarität erneut ans Herz gelegt. <http://www.infostelle-peru.de/web/mit-langem-atem-40-jahre-peru-solidaritaet/>

Auf einen heftigen, fruchtbaren und konkreten Austausch freut sich

Eure Infostelle

Diskussionsbeitrag I: Solidarität, Hilfe, Partnerschaft – aber wie?

Wenn ich heute jungen Menschen erzähle, dass die Infostelle Peru ein Netzwerk von Solidaritätsgruppen ist, dann kommt oft die Frage: „Was ist denn das, eine Solidaritätsgruppe?“

Die Infostelle Peru wurde sie vor 29 Jahren von ehemaligen Entwicklungshelfer*innen und sonstigen Peru-Engagierten gegründet. Hintergrund war die linke politische Solidarität von Menschen der reichen Industrieländer mit Menschen der armen Entwicklungsländer. Prägend war die Dependenztheorie: die armen Länder sind arm, weil die reichen Länder reich sind. Während einige Solidaritätsgruppen bewusst linke Regierungen in Lateinamerika (Nicaragua, Kuba) gegen den US-amerikanischen Imperialismus unterstützten, so war die Peru-Solidarität ausgerichtet an der Arbeit der Menschenrechtsgruppen während der bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem Leuchtenden Pfad.

Seit 1990 hat sich die Welt jedoch um 180 Grad gedreht. Entwicklungsländer sind heute „emerging markets“ (zumindest einige, Peru gehört dazu); Entwicklungshelfer*innen nennen sich heute ganz steril „Fachkräfte“. Aus Entwicklungshilfe wurde Entwicklungszusammenarbeit. Für die ehemals als unterentwickelt bezeichneten Länder haben wir bis heute keinen rechten Namen gefunden: einige sprechen vom globalen Süden (gehört dann Australien und Neuseeland auch dazu?), einige vom Trikont. Andere von Ländern mit einer kolonialen Vergangenheit. Und wohin gehören nun die Länder der ehemaligen Sowjetunion und China?

Aber auch in Deutschland hat sich einiges geändert: die Schere zwischen Armen und Reichen klafft immer mehr auf, alte Sicherheiten verschwinden. Armut, schlecht bezahlte Zeitarbeit und eine Klassengesellschaft, wo sich die (weißen) Wohlhabenden in ihre eigenen Schulen, Krankenhäuser und Clubs zurückziehen – all das findet man in Deutschland auch zusehends.

Die Trennlinie verläuft schon lang nicht mehr zwischen Peruaner*innen und Deutschen, sondern zwischen Mittelschichts-Peruaner*innen und -Deutschen einerseits und abgehängten Peruaner*innen und Deutschen andererseits. Nur dass sich die „abgehängten“ Peruaner*innen und die „abgehängten“ Deutschen nicht zusammenschließen, wie das bei der marxistischen Arbeiter*innensolidarität noch der Fall gewesen sein mag, die Arbeiter*innen – also die damaligen „Abgehängten“ – aller Völker zur gemeinsamen Revolution aufrief.

Wenn man von Solidarität zwischen Ländern spricht, schwingt immer auch ein anderes Wort mit: das der Hilfe. Solidarität bedeutet gegenseitige Hilfe: ich helfe Dir heute, Du hilfst mir morgen, dann wenn ich Hilfe brauche. Grundlage dafür sind gemeinsame Werte, Ziele und Vertrauen. Solidarität funktioniert innerhalb einer Familie und innerhalb ganz weniger Staaten. Solidarität ist auf Gegenseitigkeit angelegt, während Hilfe ein Ungleichgewicht ausdrückt: einer hilft, der andere empfängt die Hilfe. Hier gilt: wer hilft, hat die Macht.

In den letzten Jahren ist noch ein neuer Begriff hinzugekommen, um die Beziehungen zwischen ehemaligen Industrie- und ehemaligen Entwicklungsländern zu beschreiben. Der Begriff der Partnerschaft: Pfarreien, Schulen, Universitäten und ganze Städte gehen Partnerschaften ein. Austausch ist gefragt, sehr viel einseitige Hilfe kommt aber auch weiterhin unter dem Mantel der „Partnerschaft“ daher. Die Muster sind jahrhundertlang eingeschliffen. Beide Seiten haben sich darin eingerichtet. Die Deutschen gefallen sich in der des guten Helfers, und damit implizit in der Rolle des Besserwissers; die Peruaner*innen müssen sich als ewige Hilfsempfänger*innen nicht darum bemühen, einheimische (zahlende) Mitglieder für ihre NGOs zu werben, oder ihre Flüge für den Besuch bei den deutschen Partner*innen selber zu bezahlen.

Wie also kann Partnerschaft und Solidarität zwischen Gruppen der deutschen Zivilgesellschaft und Gruppen der peruanischen Zivilgesellschaft zu einer Straße mit Gegenverkehr werden?

Es gibt erste Ansätze und Ideen, wie beispielsweise, dass junge Peruaner*innen heute einen Freiwilligendienst in Deutschland absolvieren können, wie dies deutsche Jugendliche schon seit Jahren machen. Ob dereinst Peruaner*innen in Peru Unterschriften sammeln, um beispielsweise die deutsche Regierung dazu aufzufordern, ihre eigenen Umweltstandards einzuhalten? Genau dahin muss es gehen, wenn wir von gegenseitiger Solidarität sprechen.

Hildegard Willer

10. Debattenbeitrag: Wie können Deutsche solidarisch mit Peruaner*innen sein ?

Als ich zum ersten Mal, vor etwa neun Jahren, in Deutschland den Begriff „Solidaritätsarbeit mit Peruaner*innen“ gehört habe, verstand ich nicht richtig, worum es ging.

Der Begriff war für mich ziemlich fremd. Ich habe diesen Begriff nie benutzt, um meine Arbeit in Peru als Menschenrechtsaktivist mit Quechua, Aymara, mit Bürgerwehren (Ronderos) oder Nachbarschaftsräten (Juntas Vecinales) zu bezeichnen. Und natürlich habe ich den Begriff auch nicht für meine Arbeit mit Beamten, Richtern, Polizisten oder Abgeordneten benutzt.

Was heißt das: Deutsche Solidarität mit Peruaner*innen? Damals in Deutschland habe ich mich selbst gefragt: ich bin Peruaner, und infolgedessen soll ich die deutsche Solidarität gern genießen? Dürfen die Peruaner*innen auch solidarisch mit den Deutschen sein? Was bedeutet es für einen deutschen „Otto Normalverbraucher“, solidarisch mit Peru zu sein? Was bedeutet es für die Infostelle? In den folgenden Zeilen äußere ich ein paar kritische Gedanken als Beitrag zur Diskussion um den Begriff Solidaritätsarbeit.

Für mich ist deutlich, dass die Weltordnung nicht gerecht ist. Die Beziehungen zwischen Personen und Ländern sind weltweit stark von Ungleichheit geprägt. In diesem Weltsystem befindet sich das Land Peru an der Peripherie und das Land Deutschland im Zentrum. Das habe ich von der Dependenz-Theorie gelernt, es wird heute von der post- und dekolonialen Debatte wieder aufgegriffen. Wenn also jemand über Solidarität von Menschen aus dem Norden mit Menschen vom Süden spricht, habe ich immer diese ungleichen

Machtbeziehungen auf globaler Ebene im Hinterkopf. Natürlich ist Deutschland in dieser Beziehung mächtig und Peru schwach. In diesem Zusammenhang steht die Rhetorik der Erlösung (*retórica de la salvacion*), die bereits die Kolonialzeit geprägt hat und bis heute gültig ist: Die Europäer bringen den Indios das Heil, egal welchen Namen das Heil gerade hat, christlicher Gott, Zivilisation, oder Entwicklung.

Diese Auffassung von Solidaritätsarbeit ist selbstverständlich nicht diejenige der Informationsstelle Peru. Sonst wäre ich nicht aktives Mitglied der Infostelle. Die Ideengeschichte der Solidarität mit dem Süden ist älter als die Geschichte der Infostelle Peru und auch älter als die Geschichte der Solidaritätsarbeit. Die „Erlösungsrhetorik“ findet in den deutschen Medien täglich ihren Niederschlag. Die Medien wiederholen für den „Otto Normalverbraucher“, dass der Süden, in dem Fall Lateinamerika und Peru, nicht wichtig ist. Außer wenige auf Lateinamerika spezialisierte Medien wie Amerika 21, Infoperu, ila-info, Lateinamerika-Nachrichten findet man kaum Nachrichten über Lateinamerika in der deutschen Presse. Und wenn die Medien doch etwas über Lateinamerika bringen, dann oft höchst banale Nachrichten. Als zum Beispiel 2017 in Peru viele tausend Menschen aufgrund von Überschwemmungen ihre Häuser verloren, oder sogar verletzt oder gestorben sind, haben Spiegel, Berliner Zeitung und andere gebracht, dass neun Krokodile aus dem Zoo in Peru entkommen sind.

Andererseits gibt es einige wenige interessante Artikel oder Interviews, wie das Interview mit Brasiliens Ex-Präsident Lula im Januar 2018 in der ZEIT. Aber meist sprechen die deutschen Medien über Lateinamerika in den Schlagworten: unbedeutend, exotisch, korrupt. Und natürlich, wenn ein Land neun Krokodile entkommen lässt, braucht es die Solidarität von Ländern, in denen solche Katastrophen nicht stattfinden.

Wie kann auf diesem Hintergrund ein Peruaner solidarisch sein mit Deutschen? Keine Ahnung. Aber in der Infostelle Peru ist es anders. Hier existiert keine Auffassung von Solidaritätsarbeit als Erlösungs-Rhetorik. Wir denken, dass unsere Arbeit keine Einbahnstraße ist, sondern unsere Arbeit ein Geben und Nehmen ist. Die Infostelle ist Peripherie im Norden. Wir sind nicht Teil des Mainstreams der Entwicklungszusammenarbeit, sondern wir üben Kritik an den deutschen Interessen in Übersee. Wir stimmen nicht in die exotischen Mediendiskurse ein, sondern haben unser eigenes Medium InfoPeru. Wir arbeiten zusammen mit konkreten Personen und Organisationen⁴ in Peru, wir unterstützen ihre Kämpfe für bessere Lebensbedingungen. In diesem Kontext darf ein Peruaner solidarisch mit den Deutschen sein. Beispiele dazu sind Peruaner*innen, die aktiv in deutschen Vereinen wie die Infostelle mitmachen, die peruanischen Experten am jährlichen Peru-Seminar und die Menschen in Peru, die die Anliegen der Infostelle teilen.

Obwohl die Infostelle Peru eine eigene Auffassung von Solidaritätsarbeit hat, so ist der deutsche Kontext mit seiner Erlösungs-Rhetorik doch recht ausgeprägt und fließt auch in unsere Solidaritätsarbeit ein. Deswegen soll die Infostelle noch stärker mit deutschen Akteuren, privaten wie staatlichen, zusammenarbeiten und die Erlösungs-Rhetorik im deutschen Kontext umkehren. Ich bin aber der Meinung, dass wir auf den Begriff Solidaritätsarbeit verzichten können und einen besseren suchen sollten. Denn egal, ob wir das Konzept der „Solidaritätsarbeit“ verwenden oder nicht, so ist die Logik der „Erlösungs-Rhetorik“ doch immer präsent und unsere Aufgabe ist es, dagegen anzugehen.

César Bazán Seminario

11. Die COP24 - eine wichtige Plattform für indigen Gruppen weltweit

Vertreter von NGOs und Delegationen aus fast 200 Staaten sind in der ersten Dezemberhälfte in das ehemalige polnische Kohlrevier Kattowitz gereist, um für 14 Tage über die Zukunft des Weltklimas zu verhandeln: Leon Meyer zu Ermgassen war dabei.

Auf Einladung der Dachorganisation der peruanischen Amazonas-Indigenen, AIDASEP, habe ich als freiwilliger Übersetzer die Verhandlungen direkt vor Ort begleitet. Meine Aufgabe war es, auf Pressekonferenzen und Side-events von AIDASEP von der Kabine aus und in Interviews direkt zu übersetzen. Zwischendurch war oft ein wenig Zeit, um auch auf eigene Faust das Konferenzgelände zu erkunden, Veranstaltungen zu besuchen und Leute kennen zu lernen: vom Klimaschützer über Politiker*innen bis hin zu Kritiker*innen der Konferenz.

Mein persönlicher Eindruck der Konferenz ist zweigeteilt, doch komme ich schlussendlich zu dem Fazit, dass an falscher Stelle gespart würde, wenn man die COPs nur alle zwei Jahre veranstalten würde, wie es der deutsche Bundesentwicklungsminister Müller Anfang der Konferenz vorschlug. Er hat recht mit dem Punkt, dass die Austragung der Konferenz oft hohe Kosten für das jeweilige Austragungsland¹ verursacht. Wäre es da nicht möglich, eine Art Fonds anzulegen, aus dem in Zukunft Klimakonferenzen finanziert werden könnten? Ein weiteres Argument gegen die COP sind die hohen Emissionen, welche Klimaschützer und Politiker auf ihrem Weg zum Austragungsort jedes Mal verursachen. Wie viel Klima muss man schützen, um die Flugschäden zu rechtfertigen? Sind es die Unmengen an Emissionen wert?

Ich finde, ja. Die Konferenzen sind wichtig, denn dort haben über 200 Länder die Möglichkeit, sich auszutauschen und Abkommen zu schließen. Experten von NGOs und anderen Institutionen bekommen die Möglichkeit zu multilateralen gesellschaftlichen Vernetzungen, die meiner Meinung nach noch viel zu schwach sind. Der Austausch aller beteiligten Akteure zu dieser Problematik ist unbedingt erforderlich. Nur so kann eine Lösung gefunden werden, die für jeden fair und nachhaltig ist. In der Klimakonferenz haben diejenigen die Möglichkeit, Gehör zu finden, die sonst leicht überhört werden.

Ein Beispiel hierfür sind sicherlich die indigenen Völker, die die COPs der vergangenen Jahre nutzen konnten, um auf der Weltbühne Aufmerksamkeit zu erlangen. Auf der Klimakonferenz in Bonn 2017 gab es eine Maloca, eine Art traditionelles indigenes „Haus der Diplomatie“. In Kattowitz wurde ein Tag zum „Tag der Indigenen Völker“ ausgerufen. In den Verhandlungen konnte so die Einrichtung einer weltweiten Plattform indigener Gemeinschaften (Local Communities and Indigenous Peoples Platform) beschlossen werden, über die Indigene in Zukunft die Chance erhalten, an der Umweltpolitik ihres Landes aktiv mitzuwirken. Sie hoffen, damit ihr einzigartiges, Generationen altes Wissen bewahren zu können und Teil der Maßnahmen für den Klimawandel werden zu lassen. „Ich hoffe, dass die COP24 dazu führt, dass sich die Vertreter*innen der indigenen Völker überall auf der Welt zusammentun“, so der Mohawk Howard Thompson vom Stamm, „die Plattform wird ein Werkzeug sein, das indigenen Völker helfen kann, sich auf die kommenden Veränderungen vorzubereiten.“ Die Plattform bietet die Chance, den Dialog zwischen nationalen Regierungen und Indigenen Gemeinschaften zu institutionalisieren.

Ein weiteres Beispiel ist sicherlich Greta Thunberg. Die 16 Jahre alte Schülerin aus Schweden, die dadurch bekannt wurde, dass sie jeden Freitag die Schule schwänzte, um vor dem schwedischen Parlament in einen Sitzstreik zu gehen, der so lange andauern soll, bis die schwedische Regierung die versprochenen Klimaschutzziele umsetzt. Aus dem Sitzstreik von Greta Thunberg hat sich eine

große Bewegung gebildet, und so streiken nun jeden Freitag tausende Schüler auf der ganzen Welt vor ihren Lokal-, Regional- und Nationalparlamenten für das Klima (gegen den Klimawandel). Auch Greta war auf der Weltklimakonferenz in Polen und bekam als Vertreterin der jetzigen und zukünftigen Generationen das Mikrofon, um vor den führenden Politikern von über 200 Ländern zu sprechen: „Ihr sagt, dass ihr eure Kinder von ganzem Herzen liebt. Trotzdem klaut ihr ihnen ihre Zukunft, direkt vor ihren Augen!“

Leon Meyer zu Ermgassen

12. Das Land als Beute

Die peruanische Rechte ist mehr an individueller Bereicherung als an einer nachhaltigen Entwicklung interessiert.

Auf einer Anhöhe in Lima steht eine Nachbildung des Cristo del Corcovado von Rio de Janeiro, der mit ausgebreiteten Armen auf die Stadt herunterblickt. Das Christus-Monument wurde 2011 als Geschenk des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht an das „peruanische Volk“, etikettiert, war tatsächlich aber eine Abschiedsgeste für den scheidenden Präsidenten Alán García. Odebrecht hatte exorbitante Geschäfte in Peru gemacht und dafür die Eliten der gesamten rechtsgerichteten politischen Klasse bestochen. Im peruanischen Volksmund, wurde aus dem Cristo del Corcovado flugs ein Cristo de lo robado, sinngemäß der „Jesus der Bestohlenen“. Vor wenigen Tagen, in der Nacht vom 17. November 2018, ist jener Alán García vor der peruanischen Justiz in die Botschaft Uruguays geflüchtet und hat Asyl beantragt. In einem Schreiben beklagt er seine „politische Verfolgung“ und den (angeblichen) Verfall der Rechtstaatlichkeit im Land. Garcia steht symbolisch für eine korrupte, heterogene, politische Klasse, die von oben bis zu den untersten Verästelungen den Staat als Instrument für persönliche Bereicherung und Freundschaftsdienste ansieht, auch wenn die Protagonist*innen aus ganz unterschiedlichen Schichten, Regionen, Lebenswelten und politischen Traditionen stammen. Ansonsten bekämpfen sie sich unerbittlich, wenn sie nicht gerade konjunkturelle Bündnisse in den erstaunlichsten Konstellationen gebildet haben.

Alan Garcías Asylsuche in Uruguays Vertretung ist eine Neuauflage, denn schon einmal war er, nach seiner ersten Regentschaft, wegen Korruption und Gefängnismassakern angeklagt, in eine Botschaft geflüchtet. Das war 1992. Kolumbien gewährte ihm Exil. Von dort zog er nach Paris, wo er sich bis zur Verjährung seiner Straftaten frei und von der peruanischen Justiz unbehelligt aufhielt. 2001 kehrte er nach Peru zurück, um 2006 erneut als Präsidentschaftskandidat für seine Partei APRA anzutreten. Trotz seines schlechten Images wurde er erneut gewählt. Sein Hauptrivale war damals der neu am Firmament aufgetauchte populistische Kandidat Ollanta Humala Tasso, der in den Augen der weißen rechten Eliten mit dem Makel des links-nationalistischen Radikalismus, provinzieller Herkunft und dunklerer Hautfarbe behaftet war.

Alán Garcia reiht sich in die Galerie peruanischer Präsidenten ein, gegen die seit einiger Zeit von integeren und mutigen Staatsanwält*innen und Richtern ermittelt wird, werden soll oder die schon verurteilt wurden. Es sind alle Präsidenten seit 1990 (Alberto Fujimori, Alán Garcia, Alejandro Toledo, Ollanta Humala und Pedro Pablo Kuczynski) mit Ausnahme des 2000 für ein Jahr bestimmten Interimspräsidenten Valentín Paniagua. Dazu kommen ehemalige Minister, Familienangehörige, Geschäftspartner und Staatsbedienstete.

Auch der Führungselite des korrupten mafiotischen Fujimorismo (die Parteigänger*innen Alberto Fujimoris und seiner Familie) geht es nun endlich an den Kragen. Seit einigen Wochen sitzt die bis dato unangefochtene Caudilla Keiko Fujimori in Präventivhaft, die für 36 Monate festgelegt wurde. Dazu Personen aus ihrem engen Führungskreis, ehemalige Minister etc. die in einem Marathonverfahren, geradezu im Tagestakt, zu Präventivhaft oder Bewegungsaufgaben verdonnert werden.

Keiko und Alán García waren bis vor wenigen Wochen trotz evidenter Verwicklung in Korruptionsfälle noch verschont geblieben. Möglich war dies durch ein taktisches Bündnis zwischen ihren beiden, historisch eigentlich verfeindeten Parteien Fuerza Popular und APRA. Angesichts ihrer absoluten parlamentarischen Mehrheit und ihrer gemeinsamen politischen Dominanz, konnten sie sich lange Zeit vor der parlamentarischen und gerichtlichen Verfolgung schützen. Das für die Justiz zuständige Ministerio Público wurde systematisch durch linientreue wie bestochene Staatsanwälte und Richter infiltriert. An der Spitze des Ministeriums steht seit Juli 2018 Generalstaatsanwalt Pedro Chávarry, ein Fujimorist, der selbst unter dem Verdacht der Korruption, Titelschleichung, Strafvereitelung und Mafiaverbindungen steht und mit allen Mitteln versucht, die laufenden Untersuchungen zu sabotieren. Noch vor wenigen Tagen trug die fujimorista Rosa María Bartra als Vorsitzende der parlamentarische Untersuchungskommission zu den Korruptionsfällen LavaJato den offiziellen Abschlussbericht im Parlament vor, in dem, oh Wunder, weder Alan Garcia noch Keiko Fujimori auftauchten.

Das Blatt scheint sich aber nun zu wenden, dank der linken und liberalen Opposition, den kritischen Medien und vor allem den Staatsanwält*innen und Richter*innen, die ihre Jobs und durchaus auch ihre und die Unversehrtheit ihrer Familien riskieren.

Staatsanwalt José Domingo Pérez, der Keiko in Haft gebracht und García in die Flucht geschlagen hat, genießt seitens der demokratischen Zivilgesellschaft inzwischen regelrecht Kultstatus. Wo immer er auftaucht, wird er mit Applaus begrüßt. Das Netz ist voll von Liebeserklärungen und Fotomontagen, die ihn mit Heldenkostüm zeigen

Das bisher gesagte verweist auf ein grundlegendes Problem, dass nicht nur die politische Klasse, sondern insbesondere die Wirtschaft und die verschiedenen, rechtsgerichteten Mittel- und Oberschichten betrifft. Mit seinem grundlegenden Werk *Corrupt Circles: A History of Unbound Graft in Peru*, überraschte der inzwischen verstorbene Alfonso Quiroz 2008 die Öffentlichkeit mit einer historischen Abhandlung über die historischen Triebfedern der Korruption und deren Auswirkung auf die Entwicklung Perus. In Peru erschien die spanischsprachige Version erst fünf Jahre später unter dem Titel *Historia de la Corrupción en el Perú*. Quiroz zeigt auf, dass 30 bis 40 Prozent des jährlichen Staatshaushalts Perus in die Korruption fließen. Die Hälfte des jährlichen Wachstumsanteils des seit 2010 stetig wachsenden BIP verpufft und verschwindet in dunklen Kanälen. Der Staat ist strukturell korrupt und seine Bediensteten verinnerlichen die entsprechenden Denk- und Handlungsmuster seit der Gründung des republikanischen Staatswesens das selbst noch die Erbschaften des Kolonialismus mitgeschleppt hat. Es ist die Korruption, die nach Quiroz, den Anschluss Perus an die Moderne verhindert hat.

Das ist sicherlich ein zentraler Faktor, aber nicht der Einzige. Möchte man die vielschichtige, komplexe peruanische Gesellschaft und ihre politischen Vertretungen verstehen, sind weitere Faktoren ebenso ausschlaggebend: weit verbreiteter internalisierter Rassismus, Autoritarismus*, Klassendünkel (von oben), Unmittelbarkeitsdenken und die vom Kolonialismus ererbte und bis heute wirkende „Besatzermentalität“ von großen Teilen der traditionellen Mittel- und Oberschichten, die das Land lediglich als Territorium für lukrative Beutezüge ansehen. Ihr lebensweltliches Firmament liegt in einem weitestgehend imaginierten Europa, dem „Hort der Zivilisation“ und in den USA, für sie das Aufstiegs- und Konsumparadies schlechthin. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder in eine ausländische Privatschule, lässt sie außerhalb Perus

studieren, kauft sich ein oder mehrere Apartments in Europa oder den USA und legt sein Vermögen im Ausland an.

Das Zusammenwirken der genannten Faktoren hat eine Industrialisierung und Modernisierung des Landes sowie eine stärkere Homogenisierung der Bevölkerung in weniger und einheitlichere soziale Schichten, wie wir sie von Chile oder Argentinien kennen, bis heute verhindert. Perus wichtigste Einkommensquellen sind der Rohstoff-, Agrar-, Fisch(Mehl)- und Drogenexport. Neben der Exportwirtschaft dominieren Groß- und Einzelhandel sowie Dienstleistungen jedweder Art, Fischerei und Landwirtschaft für den internen Konsum, ein relativ großer Finanzsektor und Telekommunikation. Handwerk und Industrie tragen nur in geringerem Umfang zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Digitalisierung und Vernetzung der dominanten Sektoren ist weit fortgeschritten und entspricht etwa der Spaniens, während sie kaum Eingang in Industrie und Handwerk gefunden hat.

Um dieses Panorama zu vervollständigen, ist ein Blick auf die gegensätzlichen Interessenslagen der zahlreichen und differenzierten Mittel- und Oberschichten nötig. Das verdeutlicht, warum es für sie so schwierig ist, halbwegs solide und gemeinsame politische Repräsentanten zu finden und/oder sich selbst zu schaffen. Hier nun eine einfache Reihung von Schichten mit unterschiedlichen Charakteristika und konkurrierende bis gegensätzliche Interessenslagen:

Traditionelle und neue, meist bilinguale Mittelschichten* in den andinen Provinzen im Norden, Zentrum und Süden des Landes; provinzielle Mittel- und Oberschichten in den größeren Städten entlang der Küste; die alten aristokratischen Eliten aber auch neuere Mittel- und Oberschichten in der Hauptstadt Lima;

Landwirtschaft gegen Rohstoffförderung; Informelle Sektoren (Industrie, Fischfang, Rohstoffförderung, Handel, Bau etc.) die einen gewissen Grad an Formalität erwarten; Informelle Sektoren, die nicht in die Formalität wollen, um sich Steuern, Abgaben, bürokratischen Hindernissen und staatlichen Kontrollen zu entziehen; illegale Sektoren, die in Konkurrenz zur traditionellen Landwirtschaft stehen (z.B. Coca-Anbau, der Landwirtschaft verdrängt oder indigene Territorien zerstört); Drogenhandel; die Exportlandwirtschaft; die große Branche des Lebensmittelimports; die großen Rohstoffexporteure ausländischen Kapitals, die nationalen Rohstoffexporteure und die Mischkapitalien;

Sektoren die den Binnenmarkt versorgen und Schutz vor Importen (Protektionismus) fordern und solchen die den Binnenmarkts mit importierten Produkten versorgen; Handwerk und Industrie, die in Konkurrenz zu importierten Gütern stehen aber auch Handwerk und Industrie, die auf Importen beruhen; ein industrieller Sektor der Protektionismus verlangt (Textil, Lebensmittelverarbeitung); ein anderer, der das Gegenteil fordert (Fischfangindustrie legal, illegal oder informell; Erdöl- und Gasförderung im Pazifik, der gleichzeitig alle Küsten- und Fischereiaktivitäten bedroht). Illegale und informelle Goldförderung; Schmuggelbasierter Handel; Groß gegen Kleinhandel;

Dazu spezifische Mittelschichten, die sich aus dem Staatsapparat legal und illegal speisen; Um den innerstädtischen Verkehr haben sich unterschiedlichste Schichten gebildet: Transport-Unternehmer mit mehreren Bussen, über den selbständigen Mikrobuss-Besitzer bis zu formellen, informellen oder illegalen Taxifahrern und ganz wenigen -fahrerinnen.

Bei der Aufzählung kann einem schon schwindelig werden, obwohl hier noch nicht einmal alle Gegensätze erfasst sind. Selbst bei gleicher Interessenslage, halten die kulturellen und herkunftsbedingten Vorurteile die Akteure häufig davon ab, gemeinsam ökonomisch an einem Strang zu ziehen.

In den größeren Städten und besonders in der Hauptstadt Lima, in der etwa ein Drittel der peruanischen Bevölkerung lebt, sind zahlreiche unterschiedliche kulturelle Szenen und Lifestyles entstanden, die auch verbindend wirken und aus denen viel gemeinsames zivilgesellschaftliches Engagement hervorgeht. Einer wachsenden global ausgerichteten modernen Jugend, die sich

zivilgesellschaftlich für die Anerkennung der Frauenrechte und Selbstbestimmung, Abtreibungsrecht, gleichgeschlechtlichen Ehe und LGTBI einsetzt, steht eine ebenfalls breite reaktionäre, homophobe, frauenfeindliche und intolerante zivilgesellschaftliche Bewegung gegenüber, die sich aus den evangelikalischen und erzkonservativ-katholischen Mittelstands-Milieus rekrutiert. Diese wird politisch durch den Fujimorismo und die Überbleibsel alter rechter Parteien wie die PPC (Partido Popular Cristiano) repräsentiert.

In den sechziger Jahren genügten noch im wesentlichen drei rechte Parteien mit liberaler oder protektionistischer Grundhaltung, um die Interessen der damaligen Mittel- und Oberschichten zu vertreten. Dazu zählten die konservativ-wirtschaftsliberale AP (Acción Popular) von Fernando Belaunde, die reaktionär-wirtschaftsliberale PPC (Partido Popular Cristiano) unter Bedoya und die APRA“ (Alianza Popular Revolucionaria de América/ Partido Aprista Peruano) von Victor Haya de la Torre, später von Alán García angeführt.

Die APRA, älteste der noch existierenden konservativen Parteien, ist bis heute Mitglied der Sozialistischen Internationale und gilt international vielen als linke oder sozialdemokratische Partei. Historisch ist sie als antimperialistische, nationalistische und protektionistische Bewegung um den Caudillo Haya de la Torre aus dem linken Spektrum heraus entstanden. Sie vertrat damals Provinz-Mittelschichten und die Arbeiterschaft auf den großen Plantagen im Norden Perus, die das Land aus dem Halb-Feudalismus heraus führen und unter der Führung technokratischer Mittelschichten zu einer moderneren Industrienation machen wollten. Die straff organisierte und hierarchisch geführte Partei trug sowohl Züge des italienischen Faschismus als auch sozialistischer Programmatik. Explizite Hauptfeinde waren Kommunisten, Sozialisten und die Armee. Seit der blutigen militärischen Niederschlagung ihres Aufstandsversuchs im Norden Perus 1932, hat sie sich viele Jahrzehnte die Feindschaft zum Militär bewahrt und wurde von diesem argwöhnisch beobachtet und immer wieder bekämpft. Erst 1985 gelang es ihr mit Alán García an der Spitze erstmals die Regierung zu stellen. In der ersten Amtsperiode, die durch eine manifeste politische und wirtschaftliche Krise geprägt war, verkündete sie einen nationalistischen Kurs ein, plante Bankenverstaatlichungen und suchte eine interne Schicht- und Klassenversöhnung des Landes zu erreichen. Un Peru para todos (Ein Peru für alle) war Garcías Parole. Im Kampf gegen Sendero Luminoso versuchte sie besonders die Polizei zu stärken und auf dem ökonomischen Gebiet die Schuldenproblematik in den Griff zu bekommen. In ihrer zweiten Amtsperiode behielt sie den vom Diktator Fujimori eingeschlagenen neoliberalen Kurs weitestgehend bei.

Die Einschätzungen über die politische Ausrichtung der APRA reichen in Peru von links, sozialdemokratisch, populistisch, rechts, konservativ, neoliberal bis hin zu faschistisch. Die APRA ist so ein Beispiel für die Schwierigkeit, traditionelle europäische links-rechts-Schemata auf spezifische südamerikanische Parteien und Bewegungen, wie beispielsweise auch des Peronismus in Argentinien anzuwenden. In seinen späten Jahren hat Haya de la Torre einmal geäußert, seine Vorbilder seien Willy Brandt und Benito Mussolini gewesen. Die APRA ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst, tief im Korruptionssumpf versunken und wahlpolitisch bedeutungslos. Sie unterliegt dem allgemeinen Zerfall der traditionellen Parteien.

Im Oktober 1968 wurde der konservative Präsident Belaunde, der in seiner Amtszeit mit einem zaghaften Modernisierungsversuch am Widerstand der reaktionären Kräfte gescheitert war, durch einen reformistischen Militärputsch abgesetzt. Es begann die nationalistische „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte“ unter General Velasco Alvarado, die einen „dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Kommunismus propagierte. In der ersten Phase bis 1975 wurden zahlreiche der bis dato von Apristen, Linken und technokratischen Mittelschichten angestrebte Modernisierungen durchgeführt. Die Agraroligarchie wurde geschwächt, die „Landfrage“ teilweise gelöst und zahlreiche Sektoren der Wirtschaft verstaatlicht. Velascos Reformen wurden zum Vorbild und Triebkraft von Allendes Bewegung in Chile.

1975 putschten mit General Morales Bermudez an der Spitze konservative Kräfte des Militärs und setzten Velasco ab. Einige Reformen wurden weitergeführt, für die meisten begann jedoch das Ende. Ihr ehrgeizigstes Ziel, Peru zu einer Industrienation zu machen, konnten auch die Militärs nicht erreichen.

Die nachfolgenden zivilen Regierungen, zunächst wieder Belaunde und später vor allem Fujimori, zeichneten sich alle durch die schrittweise Aufhebung der Reformen und Privatisierungen im Rahmen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik aus.

Mit Alberto Fujimori war 1990 erstmals eine klassisch populistische Regierung an die Macht gekommen. Mit der eigens für die Wahlen gegründete Partei „Cambio 90“, siegte Fujimori mit dem Versprechen „Ehrlichkeit, Technologie und Arbeit“ im zweiten Wahlgang gegen den Schriftsteller Vargas Llosa, der sich zur Galionsfigur der gesammelten alten und neuen „weißen“ Rechten hatte kürten lassen. Fujimoris Populismus wurde von größeren Teilen demokratisch-parlamentarischen Linken im zweiten Wahlgang unterstützt, was letzten Endes den Ausschlag für dessen Sieg gab. Entgegen aller Versprechungen, schwenkte Fujimori schon nach wenigen Monaten auf einen rechtsextremistischen, autoritären und radikal-neoliberalen Kurs ein, führte mit Hilfe des Militärs einen „Selbstputsch“ (Autogolpe) durch und löste das Parlament auf.

Auf den Sturz Fujimoris durch eine zivilgesellschaftliche Bewegung unter Führung der Mittelschichten im Jahr 2000 folgten mehrere populistische Regierungen mit wechselnder politischer Färbung, zwischen konservativer und liberaler Ausrichtung schwankend aber gleichermaßen wirtschaftsliberal. Um die Führungspersönlichkeiten herum wurden reine Wahlparteien- und Bündnisse geschaffen: 2001 bis 2006 Alejandro Toledo mit dem Bündnis Peru Posible, 2006 bis 2011 Alán García und die APRA, 2011 bis 2016 Ollanta Humala mit dem populistischen Bündnis PNP/Gana Perú. 2016 gewann knapp Pedro Pablo Kuczynski Godard, ehemaliger Minister unter Toledo, mit dem populistischen Bündnis PPK (Peruanos Por el Kambio). 2018 trat er aufgrund von Korruptionsvorwürfen einen Tag vor seiner Amtsenthebung durch das Parlament zurück. Seit 23. März dieses Jahres regiert der inzwischen ausgesprochen populäre Martín Alberto Vizcarra, mit liberaldemokratischem Profil.

Der Fujimorismo, der sich mit der Partei Fuerza Popular seit 2011 unter der Führung von Keiko als dominante populistische, reaktionäre und mafiotische politische Kraft etabliert hatte, verfehlte 2011 und 2016 jeweils den Sieg in den Präsidentschaftswahlen nur knapp, konnte 2016 aber die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erringen.

Schaut man sich die Wahlergebnisse der im Oktober dieses Jahres abgehaltenen Regional- und Gemeinderatswahlen an, fällt deutlich auf, dass Fujimorismo und Aprismo (Unterstützer*innen der APRA) massiv eingebrochen sind, während regionale populistische Wahlbündnisse erfolgreich waren. Daneben ist die alte Acción Popular in neuem, modernisierten Gewand wegen ihrer unbescholtenen, nicht im Korruptionssumpf steckenden Kandidaten wieder aufgestanden.

Die Entwicklung Perus der letzten Jahrzehnte zeigt deutlich, wie ausschlaggebend die nationalen Besonderheiten trotz aller lateinamerikanischen Gemeinsamkeiten sind. Obwohl Nachbarn mit ähnlicher Kolonialgeschichte, wirken sich beispielsweise die gesellschaftlichen Prozesse und ihre politischen Ausdrücke in Peru, Ecuador und Bolivien praktisch nicht aufeinander aus. Der allgemeine zu beobachtende Trend zum Populismus hat allerdings eine gemeinsame Grundlage. Die warenförmigen Vergesellschaftung ist in allen Ländern weitestgehend durchgesetzt, ohne dass sie zu einer tragenden Grundlage für stabile Industrienationen mit funktionierenden Demokratien, sozialem Ausgleich und kultureller Akzeptanz geführt hätte. Selbst Brasilien ist, gemessen an der Gesamtwirtschaft, nur mäßig industrialisiert und weist enorme innere Gegensätzlichkeit auf. Traditionelle und neue Lebenswelten prallen aufeinander und finden keinen angemessenen Ausdruck in einem integrierenden Parteiensystem. Die individuelle und gruppenbezogene Verfolgung des unmittelbaren Geldinteresses lässt sich in zunehmendem Maß nur durch eine

virtuelle Gemeinschaftlichkeit aufheben, die der Populismus anbietet, ohne in der Praxis irgend ein relevantes Problem lösen zu können.

Die anstehenden großen Weltkrisen werden nicht alle nationale Besonderheiten auflösen, aber die Auswirkungen der globalen Vernetzungen verstärken. Die Regimes werden politisch-ideologisch unterschiedlich bleiben, auch wenn der Trend weltweit zum Rechtsextremismus und Populismus geht. Die lange über Parteien ausgetragenen politische Interessen weichen wechselhaften, identitären Bewegungen, in denen die neuen und alten Eliten unter der ideologischen Glocke der „Nation“ und des „Volkes“ immer gewalttätiger ihre unmittelbaren Ziele verfolgen. Alte Eliten verschwinden oder verschmelzen sich mit neuen und bilden ein mafiotische, korrupte Machtkonglomerate.

Für die bisher sehr spezielle peruanischen Entwicklung wird viel davon abhängen, ob der Export einbricht oder nicht. Bisher haben sich Lebensmittelproduktion, Rohstoffexport und Drogenhandel als relativ krisenfeste Branchen erwiesen.

In Peru ist ein Abdriften in autoritäre Regimes ebenso möglich wie ein erstarken linker Alternativen, auch wenn es momentan nicht danach aussieht. Die starke Polarisierung zwischen modernen und konservativen Lebensstilen einerseits und das Gefälle zwischen materiellem Reichtum und Armut werden weiter wachsen. Sollte sich Vizcarra dazu entscheiden, bei den Wahlen 2021 anzutreten und ein solideres Bündnis zu schmieden, hätte er mit seiner liberaldemokratischen Ausrichtung sicherlich gute Aussichten auf einen Wahlerfolg.

Die Linke und der Populismus

Der größte Teil der facettenreichen und meist gespaltenen peruanischen Linken hat in der nationalen Entwicklung Perus ihr gemeinsames Ziel. Im Kontext ihrer antiimperialistischen Ideologie versteht sie sich als die authentische nationale Kraft, die das von der peruanischen Bourgeoisie nicht zustande gebrachte historische Projekt einer peruanischen Nationenbildung immer noch zum wichtigsten Ziel hat. Nationalismus und Patriotismus sind das Bindeglied. Der Staat als Beute

Die peruanische Rechte ist mehr an individueller Bereicherung als an einer nachhaltigen Entwicklung interessiert

Auf einer Anhöhe in Lima steht eine Nachbildung des Cristo del Corcovado von Rio de Janeiro, der mit ausgebreiteten Armen auf die Stadt herunterblickt. Das Christus-Monument wurde 2011 als Geschenk des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht an das „peruanische Volk“, etikettiert, war tatsächlich aber eine Abschiedsgeste für den scheidenden Präsidenten Alán García. Odebrecht hatte exorbitante Geschäfte in Peru gemacht und dafür die Eliten der gesamten rechtsgerichteten politischen Klasse bestochen. Im peruanischen Volksmund, wurde aus dem Cristo del Corcovado flugs ein Cristo de lo robado, sinngemäß der „Jesus der Bestohlenen“. Vor wenigen Tagen, in der Nacht vom 17. November 2018, ist jener Alán García vor der peruanischen Justiz in die Botschaft Uruguays geflüchtet und hat Asyl beantragt. In einem Schreiben beklagt er seine „politische Verfolgung“ und den (angeblichen) Verfall der Rechtstaatlichkeit im Land. García steht symbolisch für eine korrupte, heterogene, politische Klasse, die von oben bis zu den untersten Verästelungen den Staat als Instrument für persönliche Bereicherung und Freundschaftsdienste ansieht, auch wenn die Protagonist*innen aus ganz unterschiedlichen Schichten, Regionen, Lebenswelten und politischen Traditionen stammen. Ansonsten bekämpfen sie sich unerbittlich, wenn sie nicht gerade konjunkturelle Bündnisse in den erstaunlichsten Konstellationen gebildet haben.

Andreas Baumgart

Der Artikel erschien erstmals in der Zeitschrift ila Nr. 421, Dezember 2018. www.ila-web.de

13. Veranstaltungsorte gesucht - Rundreise mit Rómulo Torres

Die Infostelle Peru hat **Rómulo Torres** von ca. 28. April bis 18. Mai 2019 zu einer Rundreise nach Deutschland eingeladen. Rómulo Torres ist Ökonom und Direktor der Nicht-Regierungsorganisation „Forums Solidaridad Perú“ in Lima. Er hat jahrelange Erfahrung als Mitarbeiter verschiedener Nichtregierungsorganisationen und ist ein hervorragender Kenner der sozialen Bewegungen in Peru.

Im Rahmen seiner Rundreise bietet er Vorträge und Inputs über die Kämpfe, Visionen und Erfolge der sozialen Bewegungen in Peru an. Seine Schwerpunktthemen sind dabei:

- Landraub und Verletzung der Landrechte von Indigenen und Kleinbäuer*innen
- Kapitalflucht und soziale Ungerechtigkeit, Korruption
- Neokonservative Bewegungen und Diskriminierung

Die Rundreise ist von ca. 28. April bis 18. Mai geplant. Wer Interesse hat, Rómulo Torres zu einer Veranstaltung einzuladen, kann sich an die Geschäftsstelle wenden (annette.brox@infostelle-peru.de)

Wir freuen uns über reges Interesse!

VERANSTALTUNGEN

- **Berlin, 7. März 2019**

Luchas Indigenas en tiempos del neoextractivismo

19 Uhr

Veranstaltung des Lateinamerika-Forums Berlin , IASS Potsdam, FCDL e.V., Informationsstelle e.V. und Kampagne Bergwerk Peru

Alle weiteren Details hier im Programmflyer [190307_Luchas_Indigenas3](#)
[190307_Luchas_Indigenas3](#)

-

- **Köln, 3. - 5. Mai 2019**

Peru-Seminar der Infostelle Peru

Info bitte hier im Flyer herunterladen

<http://www.infostelle-peru.de/web/koeln-03-05-mai-2019-jahresseminar-der-infostelle/>

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

